(Minister Peer Steinbrück)

(A) den obwaltenden Rahmenbedingungen sage ich: Es ist ein Erfolg, daß wir viele Titel mit dem Haushaltsentwurf 2000 haben aufstocken können. Deshalb wäre ich zumindest für Ihre Enthaltung dankbar. Vielleicht kann ich dafür werben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind abgelaufen. Ich **schließe die Beratung zu Einzelplan 08.**

Wir kommen zunächst zur **Abstimmung** über die **Änderungsanträge**. Ich möchte Sie auf die Tischvorlage mit der Übersicht über die Änderungsanträge hinweisen, die der Reihe nach aufgerufen werden.

Ich lasse über den ersten Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4523** - Stichwort: Landesförderprogramm "Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe" - abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

(B)

Ich lasse über den zweiten Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4524** - Stichwort: Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen - abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Ich lasse über den dritten Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4525** - Stichwort: Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans - abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Ich lasse nun über den **Einzelplan 08 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/4508** abstimmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das

Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Einzelplan 08 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung des Kollegen Kreuz **angenommen**.

(C)

Ich rufe auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

mit den Teilbereichen a) Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und b) Umwelt und Raumordnung. Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4510 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, das sind die Drucksachen 12/4526 und 12/4527.

Ich **eröffne die Beratung** mit dem Teilbereich

a) **Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz**

und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Uhlenberg das Wort.

(D)

Eckhard Uhlenberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Ländervergleich ist der Agrarstandort Nordrhein-Westfalen, gemessen am Umsatz, der drittgrößte in Deutschland. Nach Niedersachsen und Bayern - ebenfalls Flächenländer - produzieren die 60.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen ca. 15 % der deutschen Agrarproduktion. Die nordrhein-westfälischen Land- und Forstwirte schaffen und erhalten eine Kulturlandschaft für Millionen von Erholungsuchenden aus den Ballungszentren. Die Land- und Forstwirtschaft ist das Rückgrat der ländlichen Räume und bildet mit dem vor- und nachgelagerten Bereich einen bedeutenden Teil der Volkswirtschaft.

Im Jahre 1999 haben sich die Rahmenbedingungen für unsere Landwirtschaft allerdings dramatisch verschlechtert. Die Agenda 2000 führt dazu, daß die Landwirte dramatische Einkommenseinbußen in Höhe von 1,5 Milliarden DM jährlich hinnehmen müssen, da zum ersten Mal Preissenkungen ohne einen vollständigen Einkommensaus-

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (A) gleich beschlossen worden sind. Die Landwirte haben keine Planungssicherheit; denn die Beschlüsse werden 2002 bzw. 2003 wieder überprüft.

Nur durch die Initiative Frankreichs und den Protest der Landwirte in Berlin konnte bei den Agenda-Verhandlungen noch Schlimmeres verhindert werden. Dem Bundeskanzler und der rot-grünen Koalition waren die Auswirkungen dieser Agenda-Beschlüsse relativ egal. Auch aus der NRW-Landesregierung gab es im Hinblick auf die Perspektiven der Landwirtschaft nur negative Begleitmusik.

Die Agenda-Beschlüsse belasten die nordrhein-westfälischen Landwirte in einer ohnehin schwierigen Einkommenslage. Die Beschlüsse der rot-grünen Bundesregierung beim sogenannten "Sparpaket" verschlechtern die Einkommenslage allerdings noch in dramatischer Weise.

Ich bedauere, Frau Höhn, daß Sie im Agrarausschuß des Bundesrates diese Beschlüsse und Vorlagen der Bundesregierung im Gegensatz zur Mehrheit der anderen Bundesländer nicht abgelehnt haben.

- (B) Soziale Sicherheit muß es auch für die Landwirte und ihre Familien geben. Deshalb sind die Kürzungen bei der Alterssicherung um 817 Millionen DM, bei der Unfallversicherung um 200 Millionen DM und bei der Krankenversicherung um 90 Millionen DM für die meisten Betriebe auch in Nordrhein-Westfalen nicht zu verkraften.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es gibt gute Gründe, bei der sozialen Sicherung der Bergleute keine Kürzungen vorzunehmen. Man spricht da von der "alten Last". Aber warum ist die Landwirtschaft im Bereich der Agrarsozialpolitik durch Rot-Grün so abgestraft worden, wie in den letzten Monaten geschehen?

(Beifall bei der CDU)

Die Agrarsozialpolitik und ihre Finanzierung sind auch einkommenspolitisch von großer Bedeutung. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wurde bisher über dieses bewährte System sozial abgedeckt. Auch die landwirtschaftlichen Betriebe, die noch in der Produktion bleiben, sind nicht in der Lage, die "alte Last" oder sogar das Gesamtsystem zu finanzieren.

Deshalb fordere ich, daß die Einnahmen aus der umstrittenen Ökosteuer, mindestens 600 Millionen DM mit steigender Tendenz in den nächsten Jahren - insbesondere im Bereich Landwirtschaft kann man sie wirklich als eine "Abkassiersteuer" bezeichnen -, die die Landwirtschaft besonders hart trifft, der Unfallversicherung und der Alterskasse zugeteilt werden, wie dies auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragt hat. (C)

Die Abschaffung der Dieselölbeihilfe wirkt sich auf die Einkommen nicht nur negativ aus, sondern verstärkt auch in dramatischer Weise die Wettbewerbssituation der nordrhein-westfälischen Landwirte. Sollen die Landwirte am Niederrhein und im Münsterland sich demnächst holländische Lohnunternehmer bestellen, damit sie ihre Arbeiten günstiger verrichten können?

(Zuruf von der CDU: Natürlich!)

Was ist aus der Zusage des Ministerpräsidenten vom 30. Oktober in Rheda-Wiedenbrück geworden? Meine Damen und Herren, es sind wertvolle Wochen ins Land gegangen, einen Ausgleich für die Ökosteuer zu schaffen. Bis jetzt haben wir noch nichts gehört, und der Beschluß der Koalitionsfraktionen im Agrarausschuß des Deutschen Bundestages, daß bis zum 15. Februar Vorschläge ausgearbeitet werden sollen, ist nichts anderes als Augenwischerei. Denn erstens wird der Haushalt für das Jahr 2000 im Deutschen Bundestag auch in diesen Tagen verabschiedet, und man hätte diese Wochen und Monate nutzen können und müssen, um einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Und zweitens müssen wir davon ausgehen, daß, wenn es einen Ausgleich gibt, die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe erneut herhalten müssen. (D)

Wir haben in diesem Jahr erfahren, daß die Landesregierung die Politik der Bundesregierung in sehr dramatischer Weise in umstrittenen Bereichen unterstützt: die Ökosteuer, das sogenannte Steuerentlastungsgesetz, Regelungen zu den 630-Mark-Jobs und zur Scheinselbständigkeit sowie das sogenannte Sparpaket, das als Zukunftsprogramm verkauft wird, in dem der Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministers regelrecht geplündert wird.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (A) Herr Ministerpräsident, eine Zahl sollten Sie vielleicht mit auf den Weg nehmen: 1,5 % der Bevölkerung sind Landwirte. Vielleicht sollten Sie sich diese Zahl wirklich einmal einprägen,

(Ministerpräsidenten Wolfgang Clement: Die kenne ich!)

weil Sie sich ja sonst wenig mit diesen Themen auseinandersetzen, und das ist für den Ministerpräsidenten eines Flächenlandes schon bedauerlich.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement steht nahe dem Rednerpult, während er mehrfach Zurufe macht.)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Ministerpräsident!

Eckhard Uhlenberg (CDU): 1,5 % der Bevölkerung - das sind die Landwirte - müssen 10 % der Einsparungen verkraften, die von der Bundesregierung in Berlin vorgenommen werden.

- (B) (Beifall bei der CDU - Theodor Kruse [Olpe] [CDU]: Unglaublich!)

Herr Ministerpräsident, vielleicht hören Sie sich dies doch noch einen Moment an: Sie haben selbst zur Feder gegriffen mit dem Anspruch, "Orientierungen für unser Land im 21. Jahrhundert" zu geben. "NRW 2000 plus" lautet dieses berühmte Papier, das Sie nach dem rot-grünen Kommunalwahlschock am 12. September eilig auf den Markt geworfen haben. Vielleicht liegt es an der Hast, daß auf den 60 Seiten kein Wort über die Landwirtschaft zu lesen ist. "NRW 2000 plus" bedeutet für die Landwirte in Nordrhein-Westfalen ein dickes Minus, aus Sicht der Landesregierung und des Ministerpräsidenten abgeschrieben.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das haben Sie aber doch anders erlebt, als Sie da waren!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Festzuhalten bleibt, daß durch die Agenda 2000, das sogenannte Steuerentlastungsgesetz, die Ökosteuer, das Sparpaket und die Unternehmensteuerreform Belastungen von 5 Milliarden DM für die Land- und Forstwirtschaft in Deutschland bei ei-

nem Gesamteinkommen von 16 Milliarden DM durch Rot-Grün beschlossen worden sind. (C)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch ein Stichwort ansprechen, das uns bei den vorigen Haushaltsplanberatungen beschäftigt hat: die Vorsteuerpauschale. - Vor der Bundestagswahl stimmt der SPD-kontrollierte Bundesrat - und auch der Landtag hat sich im vorigen Jahr, Frau Höhn, damit beschäftigt - aus rein wahltaktischen Gründen der sachlich gebotenen Anpassung der Vorsteuerpauschale zu. Nach der Wahl nehmen dieselben Leute diese Anpassung zurück. Bei vielen Landwirten verfestigt sich der Eindruck - das hatte Herr Schröder auf dem Deutschen Bauerntag auch zum Ausdruck gebracht -, daß sie dafür abgestraft werden sollen, daß sie bei der Bundestagswahl 1998 mit noch größerer Mehrheit die Union gewählt haben als viele Jahre zuvor. Und das, meine Damen und Herren, wird sich bei der Landtagswahl am 14. Mai des nächsten Jahres wiederholen.

Ich gebe zu: Es hat natürlich in den vergangenen Jahren auch Kürzungen im Agrarbereich gegeben, zum Beispiel im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe auf einem niedrigen Niveau, aber es sind nie Kürzungen gewesen, die direkte Auswirkungen auf die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe gehabt haben. (D)

Warum also wird ein ganzer Berufsstand von Rot-Grün kaputtgespart? Warum wird an der Land- und Forstwirtschaft ein Exempel statuiert? Wir brauchen die flächendeckende und die leistungsfähige Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Diese Politik im Bund und im Land macht es der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft jedoch unmöglich, flächendeckend qualitativ hochwertige und preiswerte Nahrungsmittel für 18 Millionen Verbraucher in Nordrhein-Westfalen zu erzeugen, wenn die Politik die Landwirtschaft in einem schwierigen Strukturwandel allein läßt.

Wir als CDU-Landtagsfraktion bekennen uns zu dieser flächendeckenden Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, zu einer leistungsfähigen nordrhein-westfälischen Landwirtschaft als Rückgrat der ländlichen Räume.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2000 wird allerdings diesem Anspruch nicht gerecht. Wir stellen erneut den Antrag, die Investitionsmittel bei der einzelbetrieblichen Förderung aufzustocken. Die Zahlen sind im übrigen sowieso weitgehend Ma-

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

(A) kulatur, Frau Höhn, weil ja die Gemeinschaftsaufgabe im Hinblick auf das Jahr 2000 noch dermaßen von der rot-grünen Regierung zusammengestrichen wird, daß sozusagen das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Agrarpolitik zur Stunde schon nicht mehr stimmt.

Aber jenseits der Zahlen: Angesichts der schlechten Rahmenbedingungen sind diese Kürzungen falsch, und angesichts dieser schwierigen Rahmenbedingungen hätten die Landesregierung und die Bundesregierung helfen sollen.

Eine sehr persönliche Frage an Sie, Frau Höhn: Wo sind Sie eigentlich ein den letzten Wochen gewesen, als die Bundesregierung diese Kürzungen gegen die Landwirtschaft auch in Nordrhein-Westfalen durchgesetzt hat?

(Beifall bei der CDU)

Es ist ja bekannt, daß Sie kein Mikrofon auslassen, aber in den entscheidenden Monaten, als es um die Zukunft einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ging, war weit und breit weder in Deutschland noch in Nordrhein-Westfalen von Bärbel Höhn etwas zu hören. Sie sind ein schlechter Anwalt der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft auf Bundesebene.

(B)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Eckhard Uhlenberg (CDU): Dabei ist Nordrhein-Westfalen das wichtigste Bundesland. Wir sind das Kernland der Bundesrepublik Deutschland, und eine nordrhein-westfälische Umwelt- und Landwirtschaftsministerin müßte auch Einfluß nehmen auf eine Koalition in Bonn, die ja die gleichen Farben trägt.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, Sie wissen, daß die Redezeit abgelaufen ist, und ich bitte Sie wie alle anderen Redner auch, mit Ablauf der Redezeit zum Schluß zu kommen. - Danke schön.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Frau Präsidentin, ich bin sofort fertig. Zwei Sätze noch! - Sie haben

damals bei den Koalitionsverhandlungen den Eindruck erweckt, als hätten Sie Einfluß im Hinblick auf das, was auf Bundesebene in diesen Koalitionsvertrag hineingeschrieben wird. (C)

Nein, meine Damen und Herren, ich glaube, dieses Jahr 1999 ist ein schlechtes Jahr für die Landwirtschaft. Die Rahmenbedingungen werden sich weiter verschlechtern. Frau Höhn, Sie propagieren den bäuerlichen Familienbetrieb, doch Ihre Politik führt in der Praxis genau das Gegenteil durch.

Auch deshalb lehnen wir den Einzelplan 10 ab.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die SPD-Fraktion hat Kollege Steinkühler das Wort.

Horst Steinkühler (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Uhlenberg, wenn 1,5 % der Bevölkerung 10 % der Einsparungen erbringen müssen, wie Sie eben gesagt haben, dann bedeutet das ja auch, daß diese 1,5 % vorher die 10 % gehabt haben. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die diesjährigen Haushaltsberatungen zum Einzelplan 10 weisen im Bereich Landwirtschaft insofern eine Besonderheit auf, als es hier um 24 Stellen im Dienst der Forstverwaltung geht. Damit möchte ich meine Rede beginnen.

(Beifall der Silke Mackenthun [GRÜNE])

Das Besondere an der Diskussion waren eine Vielzahl von Dingen und unterschiedlichste Gründe.

Erstens. Die Opposition und beide Regierungsfaktionen waren gleicher Meinung, daß diese Stellen von hoher Bedeutung sind.

Zweitens. Wir haben es sogar geschafft, hierzu einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, obwohl er schon überholt war, als wir ihn eingebracht haben; denn die Landesregierung hatte bereits in ihrer Ergänzungsvorlage zum Haushalt das Notwendige veranlaßt, um diese Stellen langfristig zu erhalten.

In einer Diskussion, die sicherlich in anderen Teilhaushalten um die Notwendigkeit zusätzlichen

(Horst Steinkühler [SPD])

- (A) Personals in vierstelliger Höhe geht, mag es verwundern, daß ich diese vergleichsweise kleine Zahl von Stellen an den Beginn meiner Rede setze. Ich will das kurz begründen.

Diese nun langfristig erhaltenen Stellen zeigen, wie sich moderne Umweltverwaltung als Dienstleister am Menschen und an der Umwelt zu verstehen hat. Ich erinnere an die Forstreform, die wir in der vorigen Legislaturperiode begonnen und in dieser zu Ende geführt haben mit dem Ziel, eine Effektivierung der Forstverwaltung zu erreichen. Mit der Forstreform haben wir unter anderem die Betreuung des kleinparzelligen Privatwaldes verbessert. Denn eine nachhaltige Waldbewirtschaftung setzt voraus, daß sowohl der Staatswald als auch der Kommunal- und Privatwald nach möglichst einheitlichen fachlichen und ökologischen Kriterien bewirtschaftet werden. Dies ist gerade beim Wald, der ja wie nichts sonst das Prinzip der Nachhaltigkeit verkörpert, von besonderer Wichtigkeit.

Deshalb haben wir 1994 gesagt: Wenn es gelingt, durch die Einwerbung weiterer Flächen die Arbeit der Forstbetriebsgemeinschaften zu optimieren, wollen wir diese Stellen auch bei der künftigen Stellenplangestaltung berücksichtigen. Und 1999 sehen wir: Unsere Förster waren mit ihrer Arbeit erfolgreich. Sie bieten eine Dienstleistung an, die gefragt ist. Mit ihrer engagierten Arbeit haben sie sichergestellt, daß zusätzlich rund 70.000 Hektar des Waldes in Nordrhein-Westfalen einer fachgerechten Bewirtschaftung zugänglich gemacht werden.

(Beifall bei der SPD)

Besonders interessant hieran ist, daß auch die Waldbesitzerverbände fordern, dies als öffentliche Dienstleistung zu erhalten. Von Privatisierung ist da überhaupt keine Rede. Vielmehr stellen auch die Waldbesitzer heraus, daß durch den Einsatz von staatlichen Förstern eine ökonomisch sinnvolle Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes Holz gefördert wird.

Wir sehen also in diesem Bereich: Ökonomie und Ökologie und die Schaffung von Arbeitsplätzen, wenn auch in kleiner Zahl, sind kein Widerspruch. Sie passen gut zusammen und fordern den Staat auf, hier aktiv zu gestalten. Das haben wir im

Bereich der Forstwirtschaft erfolgreich getan, und das werden wir auch in Zukunft weiter tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So erfreulich die Haushaltsberatungen in diesem Bereich waren, meine Damen und Herren, so betäublich waren die Diskussionen um den landwirtschaftlichen Kernbereich - und dies aus zwei Gründen: Der Landwirtschaft geht es nicht gut. Obwohl bundesweit zum Beispiel 1998 50 Milliarden DM an Europa-, Bundes- und Landesmitteln in den landwirtschaftlichen Sektor als Fördermittel geflossen sind, ist die Zahl der Arbeitskräfte in diesem Bereich 1998 wiederum um 4 % zurückgegangen. Der landwirtschaftliche Sektor stellt nicht einmal mehr jeden zwanzigsten Arbeitsplatz in Deutschland. Trotzdem - das sage ich ganz gewußt an die Adresse der Landesregierung und auch des Ministerpräsidenten - ist dieser Bereich für die Zukunft und die Entwicklung der ländlichen Räume von entscheidender Bedeutung.

Aber gerade die Vorgehensweise der CDU auf Bundes- und Landesebene im Bereich der Landwirtschaft hat in der Vergangenheit den Landwirten und der Landwirtschaft nur scheinbar weitergeholfen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie sind lustig!)

Der Antrag der CDU-Fraktion für das Plenum heute, Herr Kollege Uhlenberg, mit dem die Mittel im Agrarinvestitionsförderprogramm um rund 3,5 Millionen DM - natürlich wie immer ohne Deckungsvorschlag - erhöht werden sollen, ist deshalb in die lange Reihe dieser Aktivitäten einzustellen, die die CDU auf Landesebene betreibt. Es geht Ihnen, Herr Kollege Uhlenberg, leider mehr darum, im "Landwirtschaftlichen Wochenblatt" als Kämpfer für die Landwirtschaft dargestellt zu werden, als wirklich etwas für strukturelle Verbesserungen zu tun.

Leider verbinden Sie Ihre Aussagen dann auch noch mit einer Verdrehung der Tatsachen. Herr Kollege Uhlenberg, wenn Sie in Ihrem Änderungsantrag von einer Kürzungspolitik der Bundesregierung gerade im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe reden, ignorieren Sie die Realitäten. Wie sind denn die Zahlen bundesweit und für Nordrhein-Westfalen? Die abgewählte Kohl-Regierung - Sie haben das eben zugegeben - hat doch

(C)

(D)

(Horst Steinkühler [SPD])

- (A) in den 90er Jahren die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe von 2,4 auf 1,7 Milliarden DM gekürzt. Trotz aller erforderlichen Haushaltskonsolidierungen auf Bundesebene werden dann allerdings ab 1998 die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe auf diesen 1,7 Milliarden DM stabil gehalten. Dieser Betrag wird auch im Bundeshaushalt 2000 erscheinen; das wissen Sie.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Aber nicht umgesetzt!)

Wenn wir uns die Zahlen für Nordrhein-Westfalen ansehen, stellen wir sogar eine kontinuierliche Steigerung fest. Während 1998 aus Bundes- und Landesmitteln circa 170 Millionen DM zur Verfügung standen, waren es 1999 bereits 178 Millionen DM. Im Jahre 2000 wird dieser Betrag 186 Millionen DM ausmachen.

Sie werden jetzt vielleicht einwenden, daß in der Ergänzungsvorlage von den ursprünglich beantragten Mitteln eine Kürzung auf der Ausgabenseite in Höhe von rund 70 Millionen DM enthalten ist. Dies ist haushaltstechnisch sicherlich richtig. Richtig war es aber auch, zunächst Mittel in einer Höhe anzusetzen, die eine Kofinanzierung der Bundesmittel in jedem Fall sicherstellt. Dies ist solide Haushaltsarbeit. Daß der Haushalt nun an die tatsächlich zu erwartenden Bundesmittel, die ja bekanntermaßen 111 Millionen DM betragen, angepaßt wird, dient der Haushaltswahrheit und -klarheit.

- (B)

Da die Mittelanpassung über eine globale Minderausgabe erfolgt, muß noch eine Aufteilung auf die verschiedenen Bereiche stattfinden. Hier, sehr geehrte Frau Ministerin, erwarten wir, daß der Haushaltsvollzug keine Veränderungen im Vergleich zum Haushaltsvollzug 1999 zu Lasten der konventionell wirtschaftenden Betriebe erfahren wird.

(Beifall des Friedrich Schepsmeier [SPD])

Hierüber werden wir uns im zuständigen Ausschuß sicherlich noch einmal zu unterhalten haben.

Bei allen Belastungen für die Landwirtschaft, die seitens der Opposition sicherlich - Kollege Uhlenberg hat es eben schon getan - in den schwärzesten Farben ausgemalt werden, darf man eines nicht aus dem Blick verlieren: Die Situation für die Landwirtschaft kann sich langfristig nur verbes-

sern, wenn für landwirtschaftliche Produkte Preise erzielt werden können, die ihren Produktionskosten und ihrem gesellschaftlichen Wert entsprechen. Solange dies nicht der Fall ist, laufen sämtliche Diskussionen über Sinn und Zweck staatlicher Förderung schlußendlich am Problem vorbei.

Um hier die Position der leistungsfähigen Betriebe zu stärken, ist es besonders wichtig, die Position des Verbrauchers zu stärken. Die Diskussion um dioxinverseuchtes Tierfutter, Klärschlamm im Tierfutter, BSE-verseuchtes Rindfleisch zeigen: Der Verbraucherschutz ist ein wichtiges Thema, das wir auf keinen Fall vernachlässigen dürfen. Das dürfen wir besonders auch nicht im Interesse der heimischen Landwirtschaft.

Die Ereignisse in diesem Jahr belegen auf traurige Weise, wie falsch der Ansatz der CDU vom letzten Jahr war, hier leichtfertig einer Privatisierung im Bereich der Fleischhygiene das Wort zu reden. Die Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten zu Recht ein engmaschiges Netz qualifizierter staatlicher Kontrollen, das eine Unbedenklichkeit der Lebensmittel jederzeit sicherstellt.

Was müssen wir tun, um der Landwirtschaft wirklich zu helfen? - Wir müssen verstärkt dazu beitragen, daß sich die Qualität von Lebensmitteln in ihrem Preis niederschlagen kann. Die Verbraucher haben wegen des engen Bezuges zwischen Ernährung und Gesundheit ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, welche Lebensmittel sie verwenden wollen. Deshalb müssen wir sie über Herkunft, Produktionsweise und die Einhaltung von Tierschutzkriterien informieren. Die steigende Nachfrage nach Fleisch aus bekannter Herkunft, nach Eiern von Hühnern in Freilandhaltung und nach Lebensmitteln, bei deren Herstellung bewußt auf den Einsatz von Gentechnik verzichtet wurde, belegen, daß sich hier zukunftsfähige Märkte entwickeln können.

Den Landwirten, die sich zum Beispiel im Wege der regionalen Vermarktung bewußt für eine umweltfreundliche und tierschutzgerechte Produktionsweise entscheiden, muß die Möglichkeit eingeräumt werden, für so hergestellte Produkte auch einen höheren Preis am Markt zu erzielen. Dies gelingt nur durch eine Kennzeichnungspflicht von Produkten, die den Verbraucher nicht länger in die Irre führt. Wir setzen auf den mündigen und informierten Bürger.

(C)

(D)

(Horst Steinkühler [SPD])

(A) In diesem Zusammenhang gibt es eine Vielzahl von komplizierten und wichtigen Einzelfragen zu klären. Viele dieser Fragen sind Gegenstand unserer im Februar erstellten Großen Anfrage zum Verbraucherschutz und zur Lebensmittelüberwachung. Eine vertiefte Diskussion all dieser Fragen sollten wir führen, wenn die Antwort der Landesregierung vorliegt. Frau Ministerin, ich erwarte, daß wir dies hier im Landtag endlich zu Beginn des nächsten Jahres tun können und daß Sie uns die Große Anfrage bald beantworten.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird dem Haushalt in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung zustimmen und den CDU-Antrag ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollege Martsch das Wort.

(B) **Siegfried Martsch (GRÜNE)*:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat hat es die Landwirtschaft zur Zeit nicht leicht. Sie hat es schon lange nicht leicht. Landwirtschaft lebt in Deutschland, in Europa schon lange unter sehr schwierigen Verhältnissen. Doch wenn ich höre, was der Kollege Uhlenberg heute vorgetragen hat und was auch nicht neu ist, dann muß ich das Gefühl bekommen, als wenn die rot-grüne Regierung in Nordrhein-Westfalen und mehr noch die junge rot-grüne Regierung in Berlin an all diesem schuld wäre. Für eine Oppositionspartei ist das natürlich eine elegante Aussage. Das ist klar.

Die Aussage ist aber, wenn man die Fakten betrachtet, ohne Bedeutung. Diese Aussage hat keinen Bestand. Festzustellen ist: Der Bundesagrарhaushalt wurde unter der alten Bundesregierung in wenigen Jahren - in einer Zeit, in der fast alle Ressorts Steigerungsraten hatten - um 27 % gekürzt. Jahr für Jahr wurde der Bundesagrарhaushalt unter dem System Kohl gekürzt.

Sie kommen nun her und sagen, das sei alles rot-grün gewesen. Sie haben offensichtlich mit dem System Kohl auch das System Blackout verinnerlicht.

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

(C) Des weiteren ziehen Sie die Agenda-Beschlüsse heran. Wer nicht ein ganz kurzes Gedächtnis hat, der weiß, daß die Agenda-Beschlüsse in Berlin nur wenige Wochen nach Antritt der neuen Regierung gefaßt wurden.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das war fatal!)

Zu diesem Zeitpunkt waren zweijährige Vorbereitungen gelaufen. Diese Agenda-Beschlüsse sind ja nicht innerhalb von sechs Wochen gefaßt worden. Die Vorbereitungen hat die alte Bundesregierung mit den entsprechenden Weichen zu Lasten der Landwirtschaft und zugunsten der exportorientierten Industrie der Bundesrepublik Deutschland getroffen. Die neue Bundesregierung hat eigene Akzente gesetzt, hat versucht zu verbessern, was zu verbessern ist. Aber auf einem Haufen Mist hilft auch kein Parfüm. Wenn man es darauf schüttet, wird daraus trotzdem nichts Gutes.

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

Herr Kollege, die NRW-CDU hat alle Möglichkeiten, als Opposition etwas Gutes vorzuschlagen. Eben habe ich in meinen Unterlagen geblättert. Meine Mitarbeiterin hat noch mal schnell das Postfach durchwühlt. Wir haben keine Vorschläge der CDU gefunden. Zwei läppische Anträge sind alles. Wenn man also nicht unterstellt, daß Sie als Fraktion faul sind - das tue ich nicht -, dann muß man doch unterstellen, daß Sie kein eigenes Konzept haben, daß Sie selber nichts vorzutragen haben.

(D)

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

Wenn Sie eine wirklich gute Opposition wären und meinen, dieser Haushaltsentwurf der Landesregierung sei so schlecht --

(Eckhard Uhlenberg [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Nein, im Moment nicht, Herr Kollege Uhlenberg.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Ich wollte nur fragen, ob Sie im Ausschuß dabei waren!)

Wenn Sie meinen, dieser Haushalt sei so schlecht, dann hätten Sie doch die Möglichkeit gehabt, eigene Anträge zu stellen. Ich erinnere mich noch gut, wie Sie, Herr Kollege Uhlenberg, mich früher, als wir auch noch in der Opposition

(Siegfried Martsch [GRÜNE])

(A) waren, immer kritisiert haben, weil ich so viele Anträge gestellt habe.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Waren Sie im Ausschuß dabei?)

Aber darin waren wenigstens Konzepte, die wir inzwischen auch abarbeiten. Sie haben überhaupt nichts vorzutragen. Und das, was Sie vortragen, dieser eine läppische Antrag, ist noch ohne Sachkenntnis.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Herr Kollege, kommen Sie doch in den Ausschuß!)

- Das billige Dazwischenrufen hilft überhaupt nichts. Herr Kruse, Sie können sich auch melden. Nicht ich habe hier das Wort zu vergeben, sondern die Frau Präsidentin. Aber wenn sie mich fragt, werde ich keine Zwischenfrage zulassen.

Es geht doch hier darum, daß Sie überhaupt nichts eigenes vorzutragen haben.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Kommen Sie einmal in den Ausschuß!)

(B) Dieser Änderungsantrag, der aussagt, man möge doch bitte die AFP-Mittel kürzen, ist nun wirklich verlogen und die Spitze der Heuchelei, die ich nicht mehr ertragen kann.

Sie rennen Tag für Tag durchs Land und sagen, diese rot-grüne Landesregierung gebe nicht genügend Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe ins AFP und wir täten zuwenig. Sie hetzen die Leute auf. Nun kommen Sie hierhin und wagen zu sagen, die Mittel sollten gestrichen werden. Das ist eine Unverschämtheit! Das hat mit redlicher und wahrheitsgetreuer Politik nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, es gibt zwei Zwischenfragen von Kollegen der CDU. Würden Sie diese zulassen?

Siegfried Martsch (GRÜNE)*: Wenn sie mir nicht auf die Redezeit angerechnet werden, würde ich sie zulassen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Sie werden Ihnen auf die Redezeit angerechnet.

(C) Siegfried Martsch (GRÜNE)*: Dann lasse ich sie nicht zu. Ich stehe doch nicht hier, um der Opposition meine Redezeit zu schenken.

Die zweite Angelegenheit im Zusammenhang mit Ihrem Antrag muß man sich auch auf der Zunge zergehen lassen. Sie sagen in Ihrem Antrag - ich zitiere wörtlich -:

"Die Vorrangförderung im AFP wird ersetzt durch eine Förderung der alternativen sowie der konventionellen Landwirtschaft entsprechend ihrer Bedeutung."

Also, Sie haben den Haushalt nicht gelesen. Nirgendwo im Haushalt steht in bezug auf die AFP-Mittel eine Unterscheidung zwischen konventioneller und nichtkonventioneller Landwirtschaft. Die Anträge zum Beispiel aus dem Programm "Artgerechte Tierhaltung" kann jeder Betrieb - egal, ob er ein Öko-Bauer ist oder nicht - in Anspruch nehmen. Das soll doch nur suggerieren - wie Sie es draußen auch tun -, daß hier zu Lasten der konventionellen Landwirtschaft etwas verschoben worden wäre. Das ist vom Konzept her falsch. Es ist aber auch in den Summen falsch. Ich kenne Ihre Propaganda, die Sie immer wieder vor Ort mangels eigener Konzepte zu verbreiten versuchen.

(D) Sie sagen, es werde zu viel in dieses Programm "Artgerechte Tierhaltung" gegeben. Auch das ist falsch. 1996 betrug die Mittel 0,5 %, 1997 5,2 %, 1998 24,9 %, und 1999 werden es 22,5 % - also etwas mehr als ein Fünftel - sein. Auch hier hält Ihre Aussage nicht stand. Sie versuchen - und das finde ich in bezug auf unsere heimische Landwirtschaft tragisch -, mit Falschaussagen und populistischer Propaganda auf PDS-Niveau unsere armen Bauern im Lande zu verunsichern. Dies werden wir so nicht akzeptieren.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Dann fangt einmal an!)

Wir haben etwas anderes vorzuweisen. Schauen Sie sich den Haushalt an. Jeder, der willens ist, ihn zu lesen, wird feststellen, daß bei Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen die Uhren anders gehen. Er wird feststellen, daß Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland einen Förderplan "Ländlicher Raum" aufgestellt hat, der in sieben Jahren 2 Milliarden DM - also 265 Millionen DM pro Jahr - der heimischen Landwirtschaft zugute kommen läßt. Kein anderes Bundesland hat etwas

(Siegfried Martsch [GRÜNE])

- (A) Vergleichbares vorzuweisen. Aber Sie machen eine Propaganda, als mache Rot-Grün eine baumordende Finanzpolitik.

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. 16 Jahre lang hat das System Kohl in Bonn dazu geführt, daß Ihr eigenes Wählerklientel, daß die Landwirtschaft, daß Bäuerinnen und Bauern über die Klinge gesprungen sind und daß man sie hat fallen lassen. Sie sind schon längst nicht mehr die von Ihnen selbst behauptete Bauernpartei.

Aber mehr noch: Mittel für die Ausgleichszahlungen werden zur Verfügung gestellt. Sie haben eben in Ihrem Beitrag von mangelnder Planungs- und Rechtssicherheit gesprochen. Diese Landesregierung hat die Mittel für Vertragsnaturschutz und für Kooperation so festgelegt, daß eine Verpflichtungserklärung bis auf 20 Jahre fortgeschrieben wird. Eine größere Planungs- und Rechtssicherheit kann es in der heutigen Zeit überhaupt nicht geben. Was erzählen Sie also von nicht vorhandener Planungs- und Rechtssicherheit? - Ihr Vortrag und Ihre Politik sind nur auf Bauernfängerei ausgerichtet.

- (B) (Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Sie möchten mit Falschbehauptungen, mit Diffamierungen, mit Verdrehungen Wählerstimmen fangen, um die Sie bangen und zittern. Da sage ich Ihnen: Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir werden von Hof zu Hof Punkt für Punkt Ihre Unwahrheiten entlarven, damit die Bauern und Bäuerinnen in diesem Lande selbst entscheiden können, wer hier billige Propaganda macht und wer für sie faktenreiche, zukunftssichernde Politik gestaltet.

(Beifall des Roland Appel [GRÜNE])

Ich bin sicher, daß sie in der Lage sein werden, dies zu unterscheiden, und Ihnen die Quittung geben werden. Sie werden von dem hohen Roß, auf dem Sie sich im Moment befinden, sehr schnell herunterkommen. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: Mit der Mistforke! - Eckhard Uhlenberg [CDU]: War das eine ernste Nummer?)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Frau Höhn, das Wort. (C)

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie entschuldigt sich jetzt für ihre Politik!)

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Herr Uhlenberg von der CDU, wissen Sie, was an Ihrer Rede erstaunlich war? - Wir debattieren heute den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen, und Sie haben neun Zehntel Ihrer Rede darauf verwendet, sich über die EU- und Bundespolitik auszulassen. Sie haben zur Landespolitik in Nordrhein-Westfalen so gut wie nichts gesagt. Das war bezeichnend in Ihrer Rede, weil Sie an dieser Politik des Landes nichts zu kritisieren haben.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Wenn Sie einmal etwas zur Bundespolitik gesagt hätten!)

Sonst hätten Sie es hier gebracht, Herr Uhlenberg.

Was Sie dann auf EU- und Bundesebene zu kritisieren hatten - da sollten wir, Herr Uhlenberg, hier keine Geschichtsklitterung betreiben. Wann sind denn die Weichen für die Landwirtschaft gestellt worden? - Sie sind lange gestellt worden, bevor die rot-grüne Regierung in Bonn oder Berlin drangekommen ist. Der entscheidende Punkt für die Landwirtschaft war auf EU-Ebene 1992 die Agrarreform. (D)

Diese Entscheidung hat Ihr Bundesminister Borchert mitgetragen. Da ging es darum, daß man wirklich systematisch versucht hat, die Bauern auf Weltmarktpreise zu hieven, um damit genau den Strukturwandel einzuleiten, den Sie jetzt beklagen. Sie sind mitverantwortlich für diese EU-Politik. Sie haben sie mitgetragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben schon damals in der Opposition gesagt: Das geht nicht. Wenn wir die hohen Naturschutzstandards, wenn wir die hohen Umweltstandards, wenn wir die hohen Verbraucherstandards - übrigens auch die hohen sozialen Stan-

(Ministerin Bärbel Höhn)

(A) dards - und die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft behalten wollen, dann müssen wir eine andere Art von Agrarpolitik machen. Dafür setzen wir uns ein. Sie haben jetzt die Folgen Ihrer Politik zu tragen. Sie können sie eben nicht bei den Bauern vermitteln, und das ist Ihr Problem.

Deshalb sage ich Ihnen: Warum nutzen Sie nicht die Chancen, die wir Ihnen bieten? - Das Land Nordrhein-Westfalen und die Landwirtschaftsministerin Nordrhein-Westfalens haben doch im Bundesrat Änderungsanträge zur ökologischen Steuerreform eingebracht, und zwar rechtzeitig im September.

Was haben die CDU-Länder gemacht? - Sie haben eine Totalverweigerung betrieben, unsere Anträge abgelehnt und sind mit ihren eigenen Anträgen nicht durchgekommen. So macht man nur Krakeelerei. Sie haben keine eigenen Konzepte, sondern versuchen, sich gegen unsere Politik zu stemmen, ohne eine Alternative zu bieten.

Damit werden Sie nicht weit kommen!

(B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Frau Ministerin! Ich muß Sie einmal unterbrechen. Wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Uhlenberg zulassen?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Nein, ich habe nur zehn Minuten. Die brauche ich. Danach unterhalten wir uns ganz in Ruhe, Herr Uhlenberg.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Davon haben wir aber nichts!

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Der entscheidende Punkt ist, daß Ihre CDU-Länder mit uns diesen Weg des Kompromisses bei der ökologischen Steuerreform hätten gehen können. Sie haben sich verweigert. Sie stehen jetzt vor der Wand und wissen nicht mehr, wie sie weitermachen sollen.

In einer solchen Diskussion muß man auch nicht in jedes Mikro beißen, Herr Uhlenberg. Entschei-

dend ist doch, was am Ende herauskommt. Da ist es wichtig, daß wir mit den Leuten auch hinter verschlossenen Türen reden. Der Vorschlag, den Rot-Grün auf den Tisch gelegt hat, daß Bundesminister Funke ein Konzept bis zum Februar vorzulegen hat, wie er den notwendigen Ausgleich, den ich genauso wie Sie fordere, aufgrund der Belastungen durch die ökologischen Steuerreform für die Bauern schaffen will, ist der richtige Weg, der am Ende erfolgreich sein wird. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen uns und Ihnen. Sie krakeelen nur herum.

(Beifall bei der SPD)

So werden wir in Ruhe jede Möglichkeit, die wir haben und die wir auch von der EU-Ebene nutzen werden, in NRW einleiten. Entscheidend ist: Noch nie ist der Landwirtschaftshaushalt in NRW so gut dagestanden wie jetzt. Ich sage nichts zu den Rahmenbedingungen, die Sie zu Recht kritisieren. Die EU-Entscheidung ist schlecht für die Bauern, die ökologische Steuerreform ist schlecht für die Bauern. Da müssen wir nachbessern, das ist überhaupt keine Frage.

(D) Aber wir sind hier in NRW, wir unterhalten uns hier über NRW und das, was wir hier gemacht haben. Noch nie haben wir, was EU-Mittel anbetrifft, so viel für die Bauern in Nordrhein-Westfalen hereingeholt wie in diesem Jahr, und zwar mit einer Planungssicherheit von mindestens sieben, zum Teil sogar 20 Jahren. Schauen Sie einmal in die Vergangenheit, wann das zuletzt passiert ist.

Sie haben zu der Verordnung Ländlicher Raum kein Wort gesagt, weil Sie diesen Ansatz ablehnen und Sie diese Chancen nicht sehen. Sie machen einen schweren Fehler, wenn Sie diesen Weg mit uns nicht mitgehen.

Wir haben es als erstes Bundesland in einer großen Anstrengung geschafft, unser NRW-Konzept auf EU-Ebene vorzulegen. Was haben wir damit erreicht? In den nächsten sieben Jahren werden annähernd 2 Milliarden DM nach NRW fließen. Wir haben in jedem Jahr ungefähr 265 Millionen DM, die wir hereinholen. Das hätten Sie uns einmal nachmachen sollen. Ihr Vorzeigeland Bayern arbeitet jetzt noch daran. Wir sind schon lange vorne weg und holen die Mittel herein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Es ist unsere Aufgabe als Land - unter schwierigen Rahmenbedingungen, da gebe ich Ihnen recht -, das Beste herauszuholen. Da ist dieser Haushalt 2000 das beste Beispiel, das man sich vorstellen kann.

Was erreichen wir über diese Verordnung Ländlicher Raum? Die Landwirtschaft wird gefördert in folgenden Punkten: mehr Umweltschutz, mehr Vertragsnaturschutz, mehr für den Verbraucherschutz. Wir sind das erste Land - wir hatten doch die Debatte über FFH am Freitag -, das den Bauern einen Ausgleich für FFH-gemeldete Gebiete zahlt. Schauen Sie doch mal in Ihren CDU-Ländern herum: Die haben es uns ja sogar verweigert, daß wir FFH-Mittel aus der GA gegenfinanzieren können. Wir sind da vorneweg. Wir bieten den Bauern einen Ausgleich für Auflagen, die zu Einschränkungen in der Produktion führen. Davon haben Sie kein Sterbenswörtchen gesagt, da Sie das im Prinzip gar nicht kritisieren können.

Sie kritisieren irgendwelche Hirngespinnste oder Wolkenkuckucksheime in Brüssel und Berlin. Wir sind hier in Düsseldorf, wir reden hier über NRW. Dazu haben Sie kein Wort verloren. Deshalb war die Rede, die Sie zum Haushalt 2000 gehalten haben, wirklich ein Armutszeugnis.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir bieten zum Beispiel in diesem Haushalt 2000 weitere Mittel für den Verbraucherschutz. Wir haben aus den Krisen, die wir im letzten Jahr hatten, gelernt. Es wird eine Aufklärungskampagne zu Rindfleisch im Hinblick auf BSE geben. Wir müssen damit rechnen, daß in irgendeiner Form im Jahre 2000 wieder britisches Rindfleisch nach Deutschland und sowieso auf den Kontinent kommt. Deshalb müssen wir sehen, was wir selber hinsichtlich einer positiven Kennzeichnung tun können.

Wir werden von uns aus alles tun, um eine freiwillige Etikettierung der Fleischerzeugnisse durch die Fleischvermarkter in Nordrhein-Westfalen zu bekommen. Das ist das, was wir aus eigener Kraft schaffen können und was wir auch hier zu beurteilen haben.

Wir haben ebenso aus der Krise in Belgien gelernt: Dioxine in Futtermitteln. Wir haben ein Programm aufgelegt. Wir gucken uns die Futtermittel an. Wir sehen, was da vielleicht sonst noch so

drin ist. Wenn wir alle ehrlich sind, dann war das in Belgien wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges. Ran an ein solches Problem, aufklären, versuchen, im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher tätig zu werden und etwas zu tun!

All das haben Sie überhaupt nicht erwähnt, weil Sie dazu auch nichts Negatives sagen können. Das ist Ihr Problem. Wir versuchen bei der Landwirtschaft, durch Alternativen den Bauern eine Chance zu geben. Das Programm "Regionale Vermarktung" zum Beispiel: Was haben Sie dagegen gehetzt? Mittlerweile liegt Nordrhein-Westfalen nach Bayern an zweiter Stelle. Wir sind von einer schwierigen Ausgangssituation gestartet. Es gibt immer mehr Bauern und Verbraucher, die das annehmen.

Warum nutzen wir nicht diese Chance für die Bauern, über den Weg regionale Vermarktung zu weiteren Einkommen zu kommen, damit sie trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, die Sie richtig beschrieben haben, ihre Chance nutzen können? Wenn wir das nicht tun, würden wir in der Tat einen schweren Fehler machen. Sie machen diesen Fehler. Sie kümmern sich in diesem Punkt nur darum, die Bundes- und die EU-Ebenen anzugreifen. Sie sehen nicht, was wir hier tun können.

Beim Vertragsnaturschutz oder überhaupt bei der Naturschutzpolitik haben wir Haushaltsansätze, die erheblich über denen liegen, die wir in den letzten Jahren hatten. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben die Zahl der biologischen Stationen in den letzten Jahren fast verdoppelt. Wir haben damit auch zu einer Verbindung von Naturschutz und Landwirtschaft beigetragen. Mittlerweile werden 15 Millionen DM in 40 biologische Stationen gesteckt. Dort vermitteln wir Beratung, Hilfe, auch fachliches Know-how. Damit versuchen wir genau das zu erreichen, was notwendig ist, nämlich Naturschutz und Landwirtschaft miteinander zu verbinden.

Wir reden bei diesem Etat auch über Naturschutz. Dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt. Am Freitag waren Sie noch so für die Naturschutzverbände, heute haben Sie den Naturschutz mit keinem Wort erwähnt. Wenn Sie dem Ministerpräsidenten vorwerfen, er sage nichts zur Landwirtschaft, dann werfe ich Ihnen vor, daß Sie bei einem Etat, bei dem es auch um Natur-

(C)

(D)

(Ministerin Bärbel Höhn)

(A) schutz geht, nichts zum Naturschutz sagen. Das ist auch eine einseitige Kiste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben eine Menge erreicht. Wir haben seit 1975 das Element Biotop-Verbund und die Landschaftspläne. Der Haushaltsansatz für 2000 von 25 Millionen DM ist sehr gut. 149 Landschaftspläne sind mittlerweile in NRW in Kraft getreten oder liegen zur Genehmigung vor. Damit haben wir die Zahl in dieser Legislaturperiode um knapp 50 % erhöhen können, also in den letzten Jahren einen Riesensprung nach vorne gemacht. Das versuchen wir mit den Leuten vor Ort hinzubekommen.

Ein letzter Punkt - damit hat Herr Steinkühler angefangen -: Wir haben im Forstbereich enorm viel erreicht, nicht nur, daß wir die 36 kw-Vermerke endlich wegbekommen haben. Ich bedanke mich insbesondere bei den Koalitionsfraktionen für den enormen Einsatz. Das war wichtig und notwendig, und das haben wir in einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung erreicht.

Wir haben im letzten Jahr die Holzabsatz-Förderrichtlinien in Bewegung gesetzt und damit enorme Erfolge erreicht. Das wird im nächsten Jahr weitergeführt.

(B)

Wir werden viel stärker auf erneuerbare Energien setzen. Wir werden viel stärker zum Beispiel auch die Biomasse nutzen, um daraus Energie zu erzeugen.

All das sind Chancen, Herr Uhlenberg, zu denen Sie kein Wort verloren haben. Sie kritisieren nur auf Ebenen, über die wir hier überhaupt nicht zu entscheiden haben. Das ist keine Alternative für die Bauern und die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Wir kümmern uns um die Menschen; Sie sind weit weg davon. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Frau Kollegin Mackenthun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(C) **Silke Mackenthun (GRÜNE):** Ich meine, daß zu einem Punkt auf jeden Fall noch etwas gesagt werden sollte. Eckhard Uhlenberg, die Rede war sehr bezeichnend. Man muß natürlich einen Haushalt, den man am Ende ablehnen möchte, kleinreden, bekritteln und in ein schlechtes Licht rücken.

Ein Punkt scheint mir zu kurz gekommen zu sein, auch in der Debatte im Ausschuß. Frau Ministerin Höhn hat ihn gerade am Schluß noch einmal erwähnt, Herr Kollege Steinkühler hatte es vorangestellt. Wir alle haben in diesem Jahr guten Grund - auch die Opposition -, dem Haushalt im Bereich Landwirtschaft, Naturschutz und Forsten zuzustimmen. Wir haben auch allen Grund, die Landesregierung in diesem Punkt zu loben. Die 24 Forststellen - es sind ja eigentlich 36, also gleich schon einmal die Hälfte mehr -, diese 36 Forststellen wurden ja auch von der Opposition gefordert. Wir alle sind an unserem Platz, an dem wir im Moment stehen, dafür eingetreten, daß wir dieses Ziel erreichen.

Da geht es nicht nur um 36 Stellen, die auch wir gern haben wollten, nicht so, wie andere auch ganz gern mehr Stellen im Schulbereich oder sonstwo haben wollen. Diese 36 Stellen unterstützen die Arbeit der Privatwirtschaft im Wald, Arbeit, die ohne diese Hilfe nicht getan werden könnte. Insofern sind diese 36 Stellen in einem ganz hohen Maße arbeitschaffend und ein Beispiel dafür, wie Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum vorangebracht werden kann, nicht nur Arbeit anders zu verteilen, sondern auch Arbeit neu zu schaffen.

(D) Ich glaube, der Landtag insgesamt, die Regierung, die Koalitionsfraktionen, aber auch die Opposition haben an diesem Punkt bewiesen, daß wir hin und wieder auch in der Lage sind, mit all unseren Kräften für die Sache einzustehen. Vielleicht können wir daraus lernen. Ich würde mir wünschen, wenn wir so etwas in diesem Hause noch des öfteren erleben könnten. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann **schließe** ich die **Beratung zum Teilbereich a).**

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(A) Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

b) Umwelt, Raumordnung

und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Lindlar für die Fraktion der CDU das Wort.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte damit beginnen, daß ich das Ergebnis der CDU-Fraktionsberatungen zum Haushalt 2000 vorwegnehme. Wir lehnen diesen Haushalt ab.

(Zurufe von der SPD)

Die Gründe dafür sind zum einen unrealistische Haushaltsansätze. Als Beispiel möchte ich nur den Punkt "Projektierung von weiteren Müllbehandlungsanlagen" nennen, der in den letzten Jahren mit einem Ist von knapp 2 Millionen DM jährlich gefahren worden ist und für den in diesem Jahr 9,7 Millionen DM vorgesehen sind. Auch die SPD möchte bei diesem Punkt gern kürzen, wie sie im Ausschuß gesagt hat. Aber da eben die Koalitionszwänge da sind, wird es wieder bei starken Worten und fehlenden Taten bleiben.

(B)

(Zuruf von der SPD: Schwierigkeiten beim Zitieren, was?)

Als zweites Beispiel möchte ich den Punkt "Förderung Raumwissenschaftlicher Arbeiten zur Erstellung von Planungsunterlagen" nennen. Dafür sind im Haushalt 1,9 Millionen DM veranschlagt. Wir wollen das auf 1 Millionen DM kürzen. Das ist der Punkt, unter dem die sogenannten Beschleunigungsgutachten für Garzweiler II vorgesehen sind. Ich frage mich allen Ernstes, was eine solche Haushaltsposition noch soll. Die SPD-Fraktion will Garzweiler II, für sie ist Garzweiler II klar. Das heißt: Aus ihrer Sicht gibt es da nichts mehr zu klären. Die GRÜNEN, Frau Ministerin, wollen Garzweiler II nicht; aus ihrer Sicht gibt es da auch nichts zu klären. Praktisch ist es also nur das Kaufen von Psychopharmaka zur gegenseitigen Ruhigstellung der beiden Koalitionspartner. Nur: Dazu werden aus Steuergeldern nahezu 2 Millionen DM veranschlagt. - Das sind Beispiele für falsche Ansätze.

Ich will ein drittes Beispiel anführen. Dieser Haushalt regelt nichts zum Problem des Abfall-Dumping, damit endlich Billigdeponien ein Ende ge-

macht wird, die nicht der TASI entsprechen, durch die tagtäglich neue Altlasten entstehen. Wir hatten im vorigen Jahr dazu ein Programm vorgeschlagen, das natürlich abgelehnt worden ist. Wir haben jetzt sozusagen als Konsensangebot vorgeschlagen, ein Gutachten zu erstellen, um Ausstiegsmodalitäten als Hilfestellung für die Kommunen aufzuweisen, wie sie aus den betriebswirtschaftlich problematischen Situationen ihrer Altdeponien herauskommen können. Auch das ist abgelehnt worden.

Zuwenig geschieht in diesem Haushalt zur Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung. Das wird der Kollege Kruse gleich noch erläutern.

Zuwenig geschieht in Sachen Lärmschutz. Die Anreize für Lärmschutzminderungspläne sind offensichtlich so ungenügend, daß sie von der Bevölkerung kaum wahrgenommen werden. Wir werden dieses Thema Lärmschutz von seiten der CDU mit Sicherheit weiter auf der Tagesordnung halten. Wenn Sie die Auseinandersetzungen um den nächtlichen Fluglärm zwischen Bevölkerung und Flughafen im Umfeld Köln/Bonn sehen, dann wissen wir alle, daß dieses Thema dringend diskutiert werden muß.

Nun ist dieser Haushalt nicht nur der Haushalt des Jahres 2000, sondern auch der letzte in der Wahlperiode. Ein halbes Jahr vor der Landtagswahl ist es sicherlich richtig, Frau Ministerin, Ihre Arbeit in den vergangenen Jahren mit in den Blick zu nehmen. Ein kritischer Blick auf diese Wahlperiode und die Umweltpolitik zeigt, daß in wesentlichen Punkten wesentliche Versäumnisse festzustellen sind.

Ein Beispiel ist die Abwasserpolitik. Sie haben aus der Zeit der absoluten SPD-Herrschaft ein Erbe übernommen, nämlich daß wir ungerechte und unfaire Kostenbelastungen für die Bürger und Bürgerinnen im städtischen und ländlichen Raum innerhalb unseres Landes haben. Zum Beispiel die Menschen im östlichen Rhein-Sieg-Kreis und in der Eifel haben im Durchschnitt doppelt soviel Abwasserkosten zu tragen wie der Durchschnittsbürger in Nordrhein-Westfalen und drei- bis fast vierfach soviel Gebühren wie der Durchschnittsbürger in der Bundesrepublik.

An dieser unmöglichen und ungerechten Situation ist unter Ihrer Führung, Frau Ministerin, keine spürbare Verbesserung eingetreten. Vor der letzten Landtagswahl - sicherlich auch unter dem

(C)

(D)

(Hans Peter Lindlar [CDU])

(A) Eindruck der bevorstehenden Landtagswahl - haben wir hier der vorherigen Landtagsmehrheit eine Gebührensубventionierung abringen können. Die mildert das Problem zwar, aber sie hilft nicht grundsätzlich. Deshalb bleiben diese Ungerechtigkeiten weiterhin bestehen.

Es bleiben weiterhin völlig ungerechte und ungleiche Abwasseradministrationen im Bereich der Regierungsbezirke. Köln ist ein Sonderfall. Hehre Worte wie aus der Regierungserklärung von 1995 des damaligen Ministerpräsidenten, daß Kleinkläranlagen verstärkt als Dauerlösungen genutzt werden sollen, nützen nichts, wenn die Bezirksregierung als obere Wasserbehörde jedes Abwasserbeseitigungskonzept verwirft, wonach kleine Orte von 50 Einwohnern eben nicht an die zentrale Anlage angeschlossen werden sollen.

Ein zweiter Punkt ist die Klimapolitik, ein Punkt von sicherlich globaler Bedeutung. Auch da, Frau Ministerin, sind Sie nicht der Motor gewesen, der Sie als Umweltministerin eigentlich sein müßten. NRW ist die bedeutendste Energieregion Europas. So heißt es stolz in dem gerade auf mehrfachen Druck von uns schnell noch vorgelegten Bericht des Wirtschaftsministers in dieser Frage. Aber es ist auch in diesem Bericht - beim ersten Überlesen zumindest - keinerlei Konzept feststellbar. Es ist eine Aufzählung von Einzelmaßnahmen in verschiedenen Ressorts, aber keine Antwort auf folgende Fragen: Wo geht das hin? Wo sind verbindliche Minderungsziele? Wo sind verbindliche Termine für diese Minderungen? Wo sind verbindliche Strategien, um eine Verminderung der CO₂-Abgase nordrhein-westfälischer Häuser, Fabriken und Fahrzeuge zu erreichen? Es gibt kein klares Konzept.

Wir werden sicherlich auch angesichts der Unterschiede zwischen Rot und Grün in der Energiewirtschaft, die sich ja vor kurzem gerade wieder beim Thema Braunkohle gezeigt haben, eine interessante Diskussion haben.

Die Abfallpolitik ist ein verheerender Punkt. Es gibt ja Querschnittsfragen im Umweltschutz, die mehrere Ministerien fordern. Hier aber sind Sie nahezu ausschließlich gefördert gewesen. Auch hier haben Sie ein Erbe aus der Zeit der absoluten SPD-Mehrheit übernommen: Weil die Entwicklungen auf Bundesebene verschlafen wurden, mußten Fehlplanungen von rund 1 Milliarde DM durch Gebührengeld der Bürger ausgeglichen werden.

Sie haben die Probleme noch weiter verschärft. Sie haben fast zwei Jahre gebraucht, bis das Kreislaufwirtschaftsgesetz auf Landesebene umgesetzt wurde. Sie haben in diesem Gesetz jeglichen Wettbewerb unterbunden, indem Sie kleinräumige Entsorgungseinheiten in den Regierungsbezirken geschaffen haben. Sie haben die Staatswirtschaft in Kommunalhand zementiert und dem freien Wettbewerb jegliche Möglichkeit genommen. Sie haben damit die Grauzone zwischen öffentlicher Wirtschaft und privater Wirtschaft erheblich weiter gestützt.

Sie haben vor allen Dingen - ich sprach es schon an - den ungelösten Widerspruch zwischen modernen Müllverbrennungsanlagen und Deponien und dem Öko-Dumping auf nicht TASI-gerechten Deponien weiter befördert und bisher nichts zu seiner Lösung beigetragen; so schaffen wir auf diesen Billigdeponien weiterhin tagtäglich neue Altlasten für die nächste Generation.

Statt dessen setzen Sie Ihre Energien in eine verunsichernde Diskussion um neue biologische Abfallanlagen. Auch hier spricht sich die SPD dagegen aus, weil es genug Müllverbrennungsanlagen gibt, stimmt aber trotzdem natürlich der nächsten Haushaltsstelle aus Koalitionszwang wieder zu. Frau Ministerin, Sie verunsichern die Kommunen mit dieser Diskussion um Umweltstandards auf den Deponien, um die Aufweichung der TASI, so daß folgende Frage häufiger wird: Können wir auch wie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein weiter über den 1. Juni 2005 hinaus Deponien mit nicht genügend vorbehandelten Materialien belasten?

Der letzte Punkt, der das Versagen dieser Landesregierung im Umweltschutz wirklich in ganzer Breite zeigt, ist das Thema Umweltpakt. In vielen anderen Bundesländern sind hervorragende Erfolge mit Absprachen zwischen Wirtschaft und Umweltpolitik entstanden. Ich darf das Beispiel Bayern noch einmal besonders hervorheben. Der erste Umweltpakt Bayern läuft im nächsten Jahr aus. Die Zahl der Betriebe, die an diesem Umweltpakt teilnehmen, hat sich inzwischen vervierfacht. Hier hat man vernünftige Absprachen zwischen Wirtschaft, Betrieben und Umweltpolitik getroffen.

Das ist hier in Nordrhein-Westfalen nicht möglich. Das Instrument des Öko-Audits wird völlig entwertet, weil die Betriebe nichts davon haben, nicht die kleinste bürokratische Erleichterung, von

(C)

(B)

(D)

(Hans Peter Lindlar [CDU])

- (A) der Deregulierung bei Gesetzen ganz zu schweigen. Hier versagt allerdings - das muß man auch sagen - die Kombination mit der Wirtschaftspolitik und die Leitaufgabe des Ministerpräsidenten.

Abschließend möchte ich festhalten: Das Kernproblem der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen - insbesondere daran wird es deutlich - ist eine Landesregierung, bei der ein Ministerpräsident versucht zu dirigieren. Nur die Ministerin für Umwelt sitzt mit dem Rücken zum Podium und macht ihre eigene Politik. Sie kämpft zweieinhalb Jahre gegen Garzweiler II. Dann kämpft sie ein Jahr für MBAs. Sie hat ihre eigenen Ideen. Man läßt sie auch um des lieben Koalitionsfriedens willen herumwursteln, doch Kernprobleme der Umweltpolitik werden in diesem Land nicht befördert. Dieses Versäumnis, Frau Ministerin, werden Sie sich am 14. Mai auch von den Bürgern ankreiden lassen müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD:
Das werden wir mal sehen!)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Dr. Kasperek für die Fraktion der SPD das Wort.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die pflichtgemäßen Geißelungen meines Vorredners, mehr lust- und kraftlos vorgetragen als von innerem Engagement geprägt, sind nun deutlich mißlungen. Es wird Ihnen auch nicht gelingen, in Nordrhein-Westfalen, wo der Umweltschutz und die Verbindung von Arbeit und Umwelt quasi erfunden wurden, das Ergebnis und den Erfolg zu bekritteln. In den 70er und 80er Jahren sind Meilensteine im Umweltschutz gesetzt worden, und in dieser Legislaturperiode kann man als Gesamtergebnis feststellen: Wir sind auf dem richtigen Weg und haben viele Erfolge gemeinsam errungen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will Ihnen das noch einmal im einzelnen vorhalten. Auch der Versuch, die Beispiele, die Sie gebracht haben, sind völlig daneben. Im letzten Jahr haben Sie zum Beispiel beantragt, 50 Millionen DM für die Schließung von Altdeponien zur Verfügung zu stellen, sozusagen als

Schlafmützenprämie für diejenigen, die sich ihrer Verpflichtung bisher entzogen haben, die Altdeponien zu schließen. 50 Millionen DM haben Sie beantragt, also wußten Sie, wie hoch der Bedarf ungefähr sein würde. Das war falsch. Das haben wir abgelehnt. (C)

Dieses Jahr überraschen Sie uns mit einem Antrag in Höhe von ungefähr 1 Million DM zur Finanzierung eines Gutachtens, mit dem untersucht werden soll, wie zeitnah nicht TASI-gerechte Deponien zu schließen sind. Also im Jahr 2000 benötigt die CDU 1 Million DM, um die Grundlage für die 50 Millionen DM zu schaffen, die sie 1999 schon ausgeben wollte. Das kann kein Mensch verstehen.

(Zuruf von der SPD: Schwarze Logik!)

Die Absurdität dieses Vorschlages zeigt nur die gesamte Hilflosigkeit Ihrer Abfallpolitik, ja Ihrer gesamten umweltpolitischen Konzeption.

Sie haben das Thema selbst angesprochen. Ich habe mich gewundert, daß Sie so mutig sind, selber auf die Abfallwirtschaftspolitik der alten von Ihnen geführten Bundesregierung hinzuweisen. All die Probleme, mit denen wir es hier zu tun haben, die Sie vorhin genannt haben, sind genau die Konsequenz und Folge der verfehlten Abfallpolitik der alten Bundesregierung gewesen. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes hat dazu geführt, daß zu Lasten der Umwelt, zu Lasten der High-Tech-Industrie und zu Lasten der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler die Billigdeponien heute aufgesucht werden. Das ist eine verfehlte Politik, und da kann ich nur sagen: Auch durch solche Versuche, wie Sie sie gerade vorgetragen haben, werden Sie nicht von dem Versagen der alten CDU-Bundesregierung ablenken.

Wir haben mit unserem Landesabfallgesetz die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß umweltfreundliche und schadlose Verwertung von Abfällen den Vorrang vor Scheinverwertung und vor Öko-Dumping haben. Zum Bio-Abfall haben wir eine mutige und pragmatische, der Rechtssicherheit und der Umwelt und dem Gebührenzahler dienende Lösung gefunden. Ich denke, meine Damen und Herren, damit müssen wir wie in einigen

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

(A) anderen Feldern auch korrigieren, was auf Bundesebene gelaufen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das zweite Beispiel - Energiepolitik - haben Sie gerade selber angeführt. Sie haben es versäumt, bei der Liberalisierung der Strommärkte den Marktteilnehmern gleiche Rechte einzuräumen. Das hat dazu geführt, daß die französischen Strommonopolisten unseren Markt überschwemmen, unsere Stadtwerke, unsere ökologischen Ansätze, die Wärmekraftkoppelung und Energie sparen und regenerative Energie gefährden und gleichzeitig der französische Markt abgeschottet wird. Das haben Sie gemacht. Sie haben gewußt, daß Sie damit unsere Stadtwerke gefährden, nur weil Sie die Monstranz der Liberalisierung vor sich hergetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

(B) Das müssen wir korrigieren. Da hat die neue Bundesregierung ihre Aufräumarbeiten begonnen. Wir haben hier am Rande der Klimakonferenz ausführlich darüber diskutiert. Bundeskanzler Schröder ist es, der verbindliche Zahlen zum Klimaschutz, zu den weiteren Einsparquoten, die wir erreichen wollen, genannt hat. Die konkreten Maßnahmen, die wir in Nordrhein-Westfalen eingeleitet haben, können sich sehen lassen. Wir haben eine lange Liste vorgetragen, der haben Sie nichts entgegensetzen.

Auch Ihr Antrag "Abwasserabgabe abschaffen", heute hier im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebracht, zeigt dieses verfehlte Arbeitsprinzip. Erst werden ungeprüft Vorschläge von Dritten abgeschrieben, und die Abwasserabgabe abzuschaffen wird gefordert. Dann stellen Sie in den gleichen Haushaltsberatungen den Antrag, 17 Millionen DM für die Unterhaltung von Gewässern zweiter Ordnung auszugeben. Dies soll finanziert werden aus Mitteln der von Ihnen beantragten abzuschaffenden Abwasserabgabe. Was denn jetzt? Entweder die Abwasserabgabe wird abgeschafft, oder sie dient der Finanzierung solcher Anträge, wie Sie sie hier vorgestellt haben.

Richtig ist: Wir müssen die Abwasserabgabe reformieren. Wir haben dazu eine Anhörung durchgeführt und werden jetzt die Konsequenzen daraus ziehen. Aber es darf nicht dazu führen, daß die Untätigen belohnt werden, sondern es müs-

sen diejenigen belohnt werden, die frühzeitig alles Erforderliche getan haben, um eine Abwasserreinigung nach dem Stand der Technik zu ermöglichen. Das ist ökologisch richtig und auch insgesamt vernünftig. (C)

Wie die Mittel aus der Abwasserabgabe vernünftig ausgegeben werden können, haben wir durch eines der größten Programme dieser Legislaturperiode dargestellt, durch die Initiative "Nachhaltige und ökologische Wasserwirtschaft". Hier wird der Umwelt gedient, und hier werden Arbeitsplätze geschaffen.

Also zusammenfassend, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Auch im Umweltschutz gilt, Sie haben inhaltlich und personell nichts zu bieten. Die nächste Runde in der Opposition ist nötig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt aber natürlich noch eine Menge Aufgaben im Umweltschutz. Ein bißchen haben wir es dabei als Umweltpolitiker mit einem eigenen Problem zu tun: Durch unsere großen Erfolge in den letzten zwei Jahrzehnten beispielsweise im Gewässerschutz, in der Luftreinhaltepolitik und der Abfallwirtschaft haben wir selbst einen Beitrag dazu geleistet, daß Umweltpolitik ein bißchen aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geraten ist. Wir haben dafür gesorgt, daß es keine Umweltskandale mehr gibt.

Trotzdem ist es nötig, hier neue Wege zu gehen und neue Schwerpunkte zu setzen. In Nordrhein-Westfalen als industriell geprägtem Bundesland zeigt sich, welche Erfolge wir erzielt haben, zum Beispiel in der Luftreinhaltung in den 80er und 90er Jahren, als wir mit Entschwefelung und Entstickung Ernst gemacht haben. Ein weiteres Beispiel ist die Steigerung des Anschlußgrades bei Kläranlagen von 65 % auf 95 %. Offenkundig wird aber auch, daß wir die neuen Probleme und Aufgaben - ich nenne Lärm, Klimabelastung - nur in den Griff bekommen werden, wenn wir Umweltpolitik in andere Politikfelder integrieren. Dabei ist es egal, ob es sich um Verkehrspolitik, eine moderne Raumordnungspolitik oder um Bildungspolitik - Stichwort: Umweltbildung - handelt. Es geht also um die Integration unserer Umweltschutzziele in die allgemeine Politik. Dort müssen wir die erforderlichen Impulse setzen, damit wir weitere Erfolge im Umweltschutz erreichen.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

(A) Dabei müssen wir neue Steuerungselemente in den Umweltschutz integrieren. Um mehr Chancengleichheit für die Umweltwirtschaft und eine möglichst große Wirkung für die Umwelt zu erreichen, müssen wir - wie es vorhin in der Diskussion ganz kurz angeklungen ist - das Konzept der ökologischen Steuerreform vorwärtstreiben, und zwar in Richtung Europa. Es macht keinen Sinn und wird auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn wir versuchen, dieses Thema national zu lösen. Wir müssen den Ressourcen- und Energieverbrauch sowie die Klimabelastungen europa-, ja weltweit anpacken. Wir müssen natürlich auf nationaler Ebene anfangen. Das stimmt schon. Dennoch müssen wir darüber hinaus Standards so setzen, daß sie europaweit gelten. Damit werden wir - erstens - in der Sache Erfolge erzielen und - zweitens - der nordrhein-westfälischen und der deutschen Umweltschutzindustrie faire Wettbewerbschancen liefern können. Das ist nämlich die zweite Seite der Medaille, die wir auf keinen Fall aus dem Auge verlieren wollen. Mit unserer Spitzentechnologie verbessern wir die Umwelt und schaffen gleichzeitig Arbeitsplätze. Das ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch richtig.

(B) Dazu gehört auch die Verlagerung des Umweltgedankens in die Produktion selber. Durch den produktionsintegrierten Umweltschutz haben wir dazu einen Anlauf gemacht. Frau Ministerin Höhn, wir würden uns in dem Zusammenhang wünschen, daß mehr in der Sache und weniger in der Administration und Verwaltung geschähe. Wir brauchen natürlich - das stimmt schon - eine Kopfstelle sowie Administration und Anregungen. Aber wir müssen noch mehr hinein in den Betrieb. Denn erst in den Betrieben und mit den Betrieben ist produktionsintegrierter Umweltschutz auf Dauer erfolgreich und wirksam.

Meine Damen und Herren, wir sind dabei, die Umweltverwaltung zu modernisieren nach dem Motto "Mehr Beratung statt Überwachung". Das ist der richtige Ansatz. Die Bündelung der Umweltverwaltung bei den staatlichen Regionaldirektoren wird diesem Ziel Rechnung tragen. Wir setzen im Umweltschutz auch mehr auf Dialog statt Ordnungsrecht und Kontrolle. Dabei geht es beispielsweise um den Dialog zum Umweltpakt mit unserem "Bündnis für Umwelt, Innovation und Beschäftigung". Auf dem Gebiet sind wir, so denke ich, vorbildlich. Die kleinkarierte Krittellei zu irgendwelchen Terminen, wie sie von der CDU vor-

getragen wurde, wird nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir die richtigen Ansätze gesetzt haben. Wir wissen: Die Innovationen im Umweltschutz muß der Staat initiieren. Es muß dabei jedoch ausreichen, wenn wir Umweltqualitätsziele verbindlich verabreden, die Umsetzung dann aber in den Betrieben selber geschieht.

Unser Ansatz - lassen Sie mich das zum Abschluß sagen -, um Innovation, Umweltschutz und Beschäftigung zusammenzubringen, ist auch in dieser Legislaturperiode erfolgreich gewesen. In dem Sinne ziehe ich eine positive Bilanz. Wir haben diesen Ansatz durch richtige Schwerpunkte im Haushalt 2000 verankert. Dieser Ansatz ist auch für die Jahrtausendwende richtig. Wir werden ihn in unserer praktischen Arbeit in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir stimmen dem Haushalt des Einzelplans 10 zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Kollegen Rimmel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Opposition die Regierung im Rahmen der Haushaltsdebatte kritisiert, muß es auch erlaubt sein, an dieser Stelle und zu Beginn zu kritisieren und eingehend zu bewerten, wie sie das tut.

Wir haben heute mehrere Muster erlebt, wie die Opposition mit der Regierung umgeht. Erwartet hätten wir in einer Haushaltsdebatte - zumal in der zweiten Lesung -, daß die Opposition die Regierungsarbeit mit eigenen Konzepten hinterfragt und widerlegt, um so Alternativen deutlich zu machen, und zwar nicht nur hier im Hohen Hause, sondern auch nach draußen.

Als ein Muster haben wir die Flucht ins Allgemeine - Europa, Bund - erlebt; das andere Muster hat Herr Lindlar heute vorgeführt, nämlich die Flucht ins Detail, ins einzelne, ins Rumpopeln hier und da. Aber wo, wo, Herr Lindlar, wo ist das Konzept der CDU? Wo ist das Umweltkonzept der CDU? Wo sind die Ideen? Wo ist die rich-

(C)

(D)

(Johannes Remmel [GRÜNE])

(A) tungsweisende Kraft, die hier zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung führen könnte.

Sie werfen Frau Höhn und uns eigene Ideen vor. Das empfinde ich als schizophren, zumal dann, wenn man keine eigenen Ideen hat, aber dem anderen vorwirft, er habe eigene Ideen. Es ist doch gut, daß wir neue Ideen haben, neue Wege gehen bzw. gegangen sind, um eine Perspektive für die Umweltpolitik in diesem Lande zu eröffnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es reicht doch nicht aus, wenn Sie Versatzstücke Ihrer fünfjährigen parlamentarischen Arbeit, Anträge, die Sie Jahr für Jahr in regelmäßigen Abständen wiederholt haben, jetzt zusammenfügen. Sie kennen das Bild von dem Teebeutel, der aufgegossen wird, das ich in diesem Zusammenhang immer wieder gebrauche. Sie haben jetzt mehrere Aufgüsse zusammengeschüttet, und die Brühe ist einfach sehr, sehr dünn, die Sie hier an konkreten Vorschlägen für eine Um- und Neugestaltung der Umweltpolitik in diesem Lande vorgelegt haben.

(B) Ich mache das an einem Beispiel deutlich: Sie reklamieren die Versäumnisse in der Klimapolitik. Ich finde auch diesen Punkt von Ihrer Seite schizophren. Auf der allgemeinen Ebene lassen Sie sich immer wieder darüber aus, inwieweit die Klimapolitik an der einen oder anderen Stelle nicht vorangehe.

Da haben Sie recht: Es muß mehr getan werden. Aber gerade Sie sind es doch, wenn man ins Detail geht, die an den verschiedensten Stellen - ich nenne nur das Stichwort "Mobilitätspolitik" - überhaupt keine Veränderung zulassen und sogar noch in die Zeiten zurückwollen, wo wir alles, jede Mark und jede Anstrengung, in die Infrastruktur der Straßen gesteckt haben. Wenn es um eine neue zukunftsfähige Mobilitätspolitik geht, die auch Voraussetzung für eine aktive Klimaschutzpolitik ist, stehen Sie doch am Bremsrädchen. Dann dürfen Sie hier nicht mehr Anstrengungen im Klimaschutz fordern. Das ist einfach widersinnig und schizophren und macht deutlich, daß Sie kein umfassendes Konzept für eine Umweltpolitik in diesem Lande haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manche meinen, Umweltpolitik habe ihren Höhepunkt überschritten. Wenn man aber die aktuellen

Berichte wie beispielsweise der UN, den Bericht der Europäischen Umweltagentur oder auch den jetzt vorliegenden Klimabericht, so unvollständig und ergänzungsbedürftig er auch sein mag, aufmerksam liest, so ist das Gegenteil der Fall. Aus all diesen Berichterstattungen geht hervor: Wir stehen erst am Anfang. Die Probleme haben sich global verschärft. Die Erfolge, die hier und dort in Teilbereichen erzielt worden sind - sicherlich auch in Nordrhein-Westfalen - werden durch Verschärfungen in anderen Bereichen konterkariert. Die Ziele, die wir uns selbst gesteckt haben, können wir nicht erreichen. (C)

Die Arbeit zu einer breiten umfassenden ökologischen Erneuerung aller Teilbereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft steht erst am Anfang. Es ist richtig, das zentrale Stichwort ist dabei - das ist unser Konzept -, die Nachhaltigkeit auch für Nordrhein-Westfalen voranzubringen: Vorsorge statt Nachsorge.

Ganz besonders dieser Haushalt ist in der Umweltpolitik ein Lesebuch der Nachhaltigkeit. Wir müssen Nachhaltigkeit für die Menschen im Lande buchstabieren; in diesem Haushalt ist sie buchstabiert. Die Menschen wollen eine gesunde Nahrung; die Menschen wollen gesunde Luft atmen; die Menschen wollen artgerechte Tierhaltung; die Menschen wollen eine zukünftige Energieversorgung, die die Lasten nicht bei den zukünftigen Generationen ablädt. (D)

Wir sind, was den nachhaltigen Strukturwandel angeht, ein gutes Stück vorangekommen. Ich nenne einige Stichworte für nachhaltiges Wirtschaften in Nordrhein-Westfalen: Ressourceneffizienz, Energieeinsparung, Recycling, Ökoeffizienz, Faktor Vier. Sicherlich ist die Effizienzagentur hier ein herausragendes Beispiel. Produkt- bzw. produktionsintegrierter Umweltschutz muß gebündelt werden. Wir wollen nicht die großen Subventionen, aber an entscheidender Stelle vernetzen, Ideen weitertragen und in allen Betrieben dafür werben, die Idee des nachhaltigen Wirtschaftens zu verankern.

Die Koalitionsfraktionen haben mit entsprechenden Anträgen eine Abrundung und Weiterentwicklung dieses Programmbestandteils in diese Haushaltsberatungen eingebracht. Umweltmanagement in den Betrieben, Förderung von Öko-Audit auch bei kleineren und mittleren Betrieben, Förderung von Umweltinnovationsassistentinnen und -assistenten sind hier die entscheidenden

(Johannes Remmel [GRÜNE])

- (A) Stichworte. Wir fangen klein an, aber dieser Bereich - das zeigen die ersten Erfolge in diesem Sektor - ist ausbaufähig.

Ich nenne einen weiteren meiner Ansicht nach erfolgreichen Politikbereich dieser Landesregierung und dieser Umweltministerin: Die "Initiative ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft in NRW" ist eine Erfolgsstory und das größte Investitionsprogramm des Landes mit erheblichen Effekten auf den Arbeitsmarkt.

Außerdem produziert es - das finde ich interessant, und es zeigt die innere Dynamik dieses Programms - sozusagen als revolvierendes Programm neue Ideen. Ich nenne zum Beispiel die Energieeinsparung an Kläranlagen. Es hat sich erst im Programmvollzug ergeben, daß hier enorme Einsparpotentiale bis zu 30 % vorhanden sind. Auch das ist eine innovative Idee, die diesem sehr erfolgreichen Programm Abwasser entspringt.

Ich möchte auch auf den nachhaltigen Hochwasserschutz eingehen, der ansonsten von Ihnen im Plenum immer angesprochen worden ist. Hier hat die Ministerin in der Zweiten Ergänzungsvorlage noch einmal mit einem kräftigen Nachschlag dafür gesorgt, daß der Hochwasserschutz weiterhin in Nordrhein-Westfalen an prominenter Stelle behandelt wird. 12 Millionen DM verdienen unser aller Respekt und unser aller Unterstützung, und ich verstehe nicht, daß Sie hier die Unterstützung versagen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt sind in den letzten fünf Jahren von seiten des Landes über 300 Millionen DM an Mitteln in eine nachhaltige Hochwasserpolitik investiert worden. Das Neue an der Hochwasserpolitik seit 1995 ist, daß sich Hochwasserschutz nicht auf den Rhein beschränken kann, sondern eine landesweite Aufgabe ist, die in allen Gebietsentwicklungsplänen, in allen Bauleitplänen entsprechend verankert werden muß; dafür sind die Voraussetzungen geschaffen.

Auch die Abfallpolitik - das ist bereits erwähnt worden - ist neue Wege gegangen. Wir haben in diesem Lande fünf Müllverbrennungsanlagen verhindern können. Wir haben durch ein systematisches Abarbeiten der verschiedenen Stufen - ich nenne den Statusbericht - dafür gesorgt, daß wir einen landesweiten Überblick über die Situation haben. Es herrscht jetzt ein fairer Wettbewerb

zwischen den Kommunen - dies ist am Statusbericht ablesbar -, und es besteht ein Anreiz für die Kommunen, die Vorgaben auch zu erreichen.

(C)

Wir müssen an dieser Stelle auch erwähnen - das ist bisher in der heutigen Debatte zu kurz gekommen -: Wir als Landesregierung und als Koalitionsfraktionen haben, was Umwelt und Arbeit angeht, ein ressortübergreifendes Investitionsprogramm mit einer Gesamtsumme von über 13 Milliarden DM zustande gebracht. Das hat kein anderes Bundesland vorzuweisen. Damit stehen wir in Nordrhein-Westfalen, was die Zusammenschau von Arbeit und Umwelt angeht, an der Spitze.

Ich glaube, daß in Zukunft weitere Felder von großer Bedeutung sein werden, die in diesem Haushalt mit neuen Mitteln ausgestattet worden sind. Ich nenne in diesem Zusammenhang den Lärmschutz, für den über 1,2 Millionen DM mehr veranschlagt worden sind. Das zeigt den Willen der Landesregierung und auch der Koalitionsfraktionen, dies als ein Zukunftsfeld der Umweltpolitik zu betrachten.

Lärmvorsorgemaßnahmen werden stärker in den Mittelpunkt rücken müssen gegenüber Maßnahmen, die nur dazu beitragen, passiven Lärmschutz zu betreiben. Der Lärm ist das größte Umweltproblem, das auf uns zukommt. Einschlägige Zahlen des Umweltbundesamtes, vor allem was die Gesundheitsschädigung angeht, zeigen dies.

(D)

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen Blick auf die Umweltverwaltung werfen. Die Umweltverwaltung hat sich im Gegensatz zu anderen Verwaltungen des Landes den Anforderungen der Verwaltungsmodernisierung gestellt, ist effizienter geworden und schreitet voran. Die Umweltverwaltung - das möchte ich an dieser Stelle nachdrücklich betonen - muß eine starke Verwaltung sein und darf nicht auf der Mittelebene weggebündelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir brauchen eine durchgängige, starke Umweltverwaltung. Die Erfolge, die wir mit dieser starken Umweltverwaltung in der Vergangenheit hatten, zeigen uns, daß wir hier richtig liegen. Hier liegen innovative Ansätze, auch um neue Technologien zu erproben, um neue Wege im Umweltschutz zu gehen. Dafür ist eine nachdrückliche Stärkung dieser Umweltverwaltung nötig. Zukünftig

(Johannes Remmel [GRÜNE])

(A) tige Aufgaben wie zum Beispiel im Bereich des Bodenschutzes werden uns den Weg weisen. Die Umweltverwaltung wird sich dieser Aufgabe annehmen und wird auch insofern als Ganzheit von oben nach unten die entsprechenden Anforderungen erfüllen.

Vor diesem Hintergrund bietet der Haushalt eine gute Grundlage, um neue Aufgaben in diesem Lande anzugehen. Unsere Fraktion unterstützt diesen Haushalt und bittet um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Frau Höhn, das Wort.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Meine Damen und Herren! Ich fand es ganz gut, daß sich die drei Vorredner ein Stück weit darum gekümmert haben, was Grundlage der Umweltpolitik ist, was sich verändert und wo wir Akzente setzen müssen. Herr Lindlar hat es angesprochen, Herr Kasperek und Herr Remmel haben es aufgegriffen. Deshalb möchte ich diesen Ansatz auch in meiner Rede - nicht zuletzt nach viereinhalb Jahren Umweltpolitik in dieser Legislaturperiode unter Rot-Grün - in den Vordergrund stellen.

(B) Entscheidend bei der Umweltpolitik ist, daß wir wegkommen müssen von dem, was die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen lange Zeit geprägt hat: die nachsorgende, die reparierende Politik - die aber natürlich auch viel mit der Vergangenheit dieses Landes zu tun hatte. Es gab eben durch Kohle und Stahl insbesondere im Ruhrgebiet derartige Umweltbelastungen, die es zunächst einmal notwendig machten, reparierend tätig zu werden, große Kläranlagen zu bauen, zu versuchen, die Flüsse zu sanieren, insgesamt große Anlagen zu errichten und sie mit Filtern auszustatten, um den Problemen Herr zu werden.

In der heutigen Situation allerdings müssen wir mehr und mehr vom nachsorgenden zum vorsorgenden Umweltschutz kommen. Wir müssen überlegen, wie wir bereits bei der Produktion dafür sorgen können, daß Umweltschäden erst gar nicht entstehen. Wie können wir zum Beispiel, anstatt immer größere Kläranlagen zu bauen, am

Beginn des Prozesses ansetzen, etwa um Regenwasser zu versickern, auf daß sich wieder Grundwasser bildet? Wie können wir versuchen, schon im Produktionsprozeß Abfall zu reduzieren? Wie können wir versuchen, Wasser zu sparen? Wie können wir mit Intelligenz die Probleme gar nicht entstehen lassen, die wir sonst teuer reparieren müssen? - Das ist einer der wesentlichen Grundsätze, die sich durch die gesamte Umweltpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen ziehen.

Herr Remmel hat eben schon die Effizienzagentur angesprochen. Hier handelt es sich um ein Projekt, bei dem wir mit ganz wenigen Mitteln versuchen, gerade den mittelständischen und kleinen Betrieben das vorhandene Know-how nahezubringen; denn die großen Betriebe verfügen über ganze Stabsstellen, die sich überlegen, wie man Energie einsparen kann oder wie man die sogenannten Win-win-Effekte - also die Effekte, die sowohl der Umwelt als auch dem Betriebsergebnis nützen - verbessern kann. Was jedoch die kleinen und mittleren Betriebe angeht, wollen wir für sie dieses Wissen vernetzen, wollen das Wissen in diese Betriebe hineinbringen.

Herr Kasperek, ich habe vor kurzem in Lünen mit der Recyclingwirtschaft eine Diskussion darüber geführt, wie man am Standort Lünen in diesem Bereich Arbeitsplätze schaffen kann. Erfreulicherweise hat die Effizienzagentur schon einen großen Anteil an der Diskussion gehabt. Mehrere Betriebe haben sich positiv auf die Effizienzagentur bezogen und gesagt: Es ist gut, was sie tut; sie vernetzt; sie versucht, das Wissen untereinander austauschbar zu machen und damit uns allen zu helfen.

Wir haben also keine reine Verwaltung geschaffen, sondern eine Vernetzungsfunktion, die mit wenigen Mitteln einen enormen Erfolg aufweisen wird.

Dasselbe praktizieren wir, wie von Ihnen, Herr Lindlar, schon angesprochen, mit dem Agenda-Prozeß. Entscheidend ist nicht der Umweltpakt von Bayern, sondern wir versuchen, uns stärker an unseren Nachbarn, den Niederländern, zu orientieren. Die haben durch einen unglaublich ausgeprägten Agenda-Prozeß enorme Erfolge errungen - allerdings auch mit einem großen Vorlauf; das muß man auch sehen. Wenn man mit einem solchen Agenda-Prozeß - einem Prozeß, der wirklich den Weg vorgibt, wie wir zukünftig Arbeit und Umwelt miteinander verbinden können

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) - Erfolg haben will, muß man sich auf einen nachhaltigen und langfristig angelegten Prozeß einlassen, wie es die Niederlande getan haben. Die Niederländer haben mit diesem Prozeß vor langer Zeit begonnen. Jetzt sind die Erfolge unübersehbar. Genau das wollen wir machen.

Wir haben deshalb in die Umweltbildung, auch bei der lokalen Agenda, Geld eingestellt, aber wollen eben einen solchen Agenda-Prozeß auch für das Land NRW erreichen.

Das wirkt sich dann auf jeden einzelnen Bereich aus - Sie haben die Themen angesprochen, Herr Lindlar -, zum Beispiel auf den Klimaschutz. Natürlich ist es richtig, daß der Sektor "Klimaschutz" noch ein wenig zwischen den beiden Ressorts hin- und herpendelt; wir als Umweltministerium haben - wie von Ihnen zu Recht gefordert und im Klimabericht des Wirtschaftsministeriums erwähnt - ein Klima-Monitoring beim Wuppertal-Institut in Auftrag gegeben. Dieses Klima-Monitoring wird uns genau die Daten bringen, die wir brauchen, um anschließend in dem Agenda-Prozeß durch den Abschluß freiwilliger Vereinbarungen zur CO₂-Reduzierung zu kommen. Insofern sind wir, auch was die CO₂-Reduzierung angeht, auf einem guten Weg und wollen mit dem Klima-Monitoring, mit den Daten, die uns das Wuppertal-Institut liefern wird, eine verbesserte Politik erreichen.

(B)

Dasselbe tun wir auch in den anderen Bereichen, im Abfallbereich zum Beispiel dadurch, daß wir die stoffliche Verwertung nach vorne gebracht haben, daß wir integrierte Abfallkonzepte nach vorne gebracht haben und dadurch, daß wir mit den Deponien anders umgehen, als Sie das hier dargestellt haben, Herr Lindlar.

Was das Thema "Deponien" betrifft, sind Sie wirklich auf dem Holzweg. Sie müssen zunächst einmal innerhalb Ihrer Fraktion überlegen, was Sie wollen. Ich kann Ihnen beispielsweise einen Brief vom Wochenende von Ihrer Kollegin Brüning zeigen, die mich händeringend darum bittet, die Deponie in Steinfurt noch länger offen zu lassen, als wir es wollen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Versuchen Sie doch bitte einmal, die lokalen Gegensätze, die gerade in CDU-geführten Landkreisen vorhanden sind, auszugleichen. Von dort wird darum gebeten, die Deponien über das Jahr 2005

hinaus geöffnet zu lassen. Keinesfalls dürfen Sie mit solchen Ansätzen - hier ist es jetzt 1 Million DM; im letzten Jahr waren es 50 Millionen DM - die falschen Lösungen anbieten. Klären Sie also erst einmal untereinander, was Sie wollen.

Nordrhein-Westfalen wird als erstes Bundesland vor 2005 zu einer Schließung der Deponien kommen. 2003 werden wir in der Lage sein, das zu realisieren. Wir führen Gespräche vor Ort, weil wir die großen wirtschaftlichen Probleme sehen und lösen wollen. Das bekommen wir nicht mit einem Gutachten hin, das in einem Jahr vorliegt, sondern nur durch Gespräche vor Ort, die wir schon lange geführt haben, zum Teil aber auch mit Druck.

Wir werden der Bitte Ihrer Kollegin Brüning aus Steinfurt nicht nachgeben. Wir werden ein Konzept für das ganze Land vorlegen, auch was die Deponien angeht. Deshalb würde ich Sie auch im Sinne Ihres Antrags darum bitten, noch einmal mit Ihrer Kollegin Brüning zu sprechen. Bei mir landet beides: die Anfrage von Frau Brüning und Ihr Antrag, und dann weiß ich gar nicht mehr, was sie wollen. Es ist besser, einen klar definierten Weg vorzuzeichnen, den wir als Landesregierung auch gehen.

(Zuruf des Hans Peter Lindlar [CDU])

Was ich eben für die Abfallpolitik dargelegt habe, machen wir auch im Gewässerbereich. Wir sind hier ebenfalls vorsorgend tätig. Regenwasser muß nicht in der großen Kanalisation versickern. Wir können bei der Kanalisierung Geld sparen und mit kleinteiligen Lösungen am Ende auch zu einer vernünftigen und für die Bürgerinnen und Bürger gebührenmäßig tragbaren Lösung finden.

Sie haben sich darüber beklagt, daß im Regierungsbezirk Köln Kleinkläranlagen nicht ausreichend angenommen werden. Das hat nichts damit zu tun, daß das Land Nordrhein-Westfalen für diese Kleinkläranlagen Geld zur Verfügung stellt, daß wir im Programm "Nachhaltige ökologische Wasserwirtschaft" einen zweistelligen Millionenbetrag hierfür eingestellt haben.

(Hans Peter Lindlar [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich kann Ihre Frage leider nicht entgegennehmen, weil ich nur noch drei Minuten habe und

(C)

(D)

(Ministerin Bärbel Höhn)

(A) noch einiges sagen will. Wir machen das gleich bilateral.

Antwerpes ist jetzt weg. Das ist eine Chance für uns, mit Kleinkläranlagen auch im Regierungsbezirk Köln besser umzugehen und dieses Problem in Zukunft in den Griff zu bekommen.

Diesen vorsorgenden Politikansatz verfolgen wir auch beim Hochwasserschutz. Natürlich geht es zunächst einmal um den Schutz der Deiche, zweitens aber auch darum, dem Fluß und den Nebenflüssen mehr Raum zu geben und drittens über Entsiegelungsmaßnahmen stärker dazu beizutragen, daß das Regenwasser versickert und nicht in einem Schwall in die Flüsse läuft, womit gleichzeitig Grundwasser gebildet wird.

Unsere Klimaschutzpolitik reicht sogar bis zu den Kläranlagen. Wir haben das Programm "Energieeinsparmaßnahmen an Kläranlagen" aufgelegt, in dem wir große Potentiale sehen. Auch da gibt es wieder Win-win-Effekte. Wir werden Energie einsparen und die Gebühren senken. Das ist doch eine tolle Sache. Wir erreichen das, indem wir Wissen vermitteln, indem wir das, was in anderen Ländern möglich ist, hier publik machen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 900 Kläranlagen, die 1 Milliarde Kilowattstunden Strom und 200 Millionen Kilowattstunden Fremdbrennstoffe verbrauchen. Das wollen wir reduzieren. Damit tun wir etwas für den Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger und gleichzeitig für den Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen.

(B) Sie haben eben auch die Mittel für Garzweiler II angesprochen. Ich führe Ihnen einmal die Positionen auf, die aus der Haushaltsstelle, die Sie genannt haben, finanziert werden. Sie tun so, als würden daraus nur Studien für Garzweiler II vergeben. Zum einen bezahlen wir daraus in der Tat das Monitoring zu Garzweiler II, das wir hier gemeinsam mit Ihnen beschlossen haben und das wir auch wollen; insofern müssen wir diese Mittel auch verausgaben. Wir zahlen aus dem Titel aber auch Projekterfassung hochwassergefährdeter Bereiche für die Regionalplanung. Wir zahlen daraus die Erstellung einer digitalen Karte sowie die Begleitung der Entwicklung vereinfachter Verfahren zur Ermittlung von überschwemmungsgefährdeten Bereichen in Nordrhein-Westfalen. Wir finanzieren hieraus ganz viele auch landesübergreifende Ansätze der Raumplanung, um vorbeugend tätig werden zu können. Insofern handelt es sich um einen Ansatz, den wir weiterhin gern haben

wollen, um solche Projekte auch in Zukunft finanzieren zu können. (C)

Schließlich komme ich zum Lärmschutz. Sie haben recht: Wir müssen da mehr tun. Das wollen wir auch.

(Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin, darf ich Sie kurz unterbrechen? - Die Frau Ministerin hat eben gesagt, daß Sie wegen der Zeit Zwischenfragen nicht mehr zulassen kann - damit Sie sich nicht wundern; das war schon vorher klar.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Genau. - Wir haben nicht den hohen Ansatz erhalten können, den Sie beantragt haben. Es wäre schön gewesen, ich hätte ihn zur Verfügung gehabt; das hätte mich sehr gefreut. Aber der Haushalt läßt das nicht zu. Wir werden uns dennoch in Zukunft dem Lärmschutz stärker widmen. Das sehen wir ähnlich wie Sie. Das ist ein Gebiet, das wir in Angriff nehmen müssen. Da sind wir gar nicht weit auseinander. (D)

Weil meine Redezeit zu Ende geht, möchte ich nur noch auf einen Aspekt hinweisen. Sie alle kennen den Dioxinstörfall in Duisburg und den Sonder-Luftreinhalteplan sowie die besondere Belastung mit Schadstoffen. Wir machen eine humanmedizinische epidemiologische Wirkungsuntersuchung für die Bevölkerung. Wir wollen endlich wissen, wo die Ursachen sind, was wir in dieser Hinsicht für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und insbesondere in Duisburg tun können. Auch das ist ein wichtiger Ansatz, der Umwelt und Gesundheit miteinander verbindet. Eines ist ganz wichtig: Wer aktive Umweltpolitik macht, macht vorsorgende Gesundheitspolitik.

Meine Damen und Herren, die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen kann sich sehen lassen. Im CO₂-Bereich haben wir in der rot-grünen Koalition zwar einige Probleme gehabt, aber am Ende haben wir, Herr Kasperek, gute Erfolge vorzuweisen. Das haben Sie auch dargestellt. In diesem Sinne kann Rot-Grün mit dem, was in den letzten

(Vizepräsident Dr. Katrin Grüber)

(A) viereinhalb Jahren geleistet wurde, sehr zufrieden sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich frage, ob es weiteren Redebedarf gibt. - Bitte schön, Herr Kruse.

Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gewässerunterhaltung ist eine wichtige Form des Schutzes der Gewässer. Unbestreitbar ist die Gewässerunterhaltung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gleichwohl: Innerhalb von sechs Jahren sind die Mittel von 30 auf 13 Millionen DM reduziert worden. Die weggefallenen Mittel mußten durch die Wasser- und Bodenverbände aufgefangen werden, die damit die Grundstückseigentümer belasten mußten.

(B) Hier finanzieren in erster Linie die Landwirte Aufgaben, die die Allgemeinheit zu tragen hätte; denn der große Teil des Regenwassers, das in öffentliche Gewässer abgeleitet wird, stammt nicht von bewirtschafteten Flächen, sondern von versiegelten Flächen. Dies war bislang überhaupt nicht strittig und politisch durch die jährlichen Landeszuschüsse anerkannt. Diese Zuschüsse sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten von 50 Millionen DM auf nunmehr 13,1 Millionen DM reduziert worden.

Die ökologischen Hürden für den Erhalt von Landeszuschüssen sind immer höher gelegt und gleichzeitig die Zuschüsse selbst zurückgeführt worden. Dabei ist es undenkbar, alle Gewässer naturnah zu unterhalten. Wenn dies zum obersten Grundsatz erhoben wird, kann ein erheblicher Teil der Fläche nicht mehr wirtschaftlich genutzt werden. Genau darauf sind wir aber angewiesen, um Nahrungsmittel produzieren zu können. Außerdem wird auf einer kultivierten Fläche wesentlich mehr Sauerstoff produziert als auf einer anderen Fläche. Eine flächendeckende Extensivierung können wir uns deshalb allein aus Umweltgründen gar nicht erlauben.

Mitte dieses Jahres sind die neuen Richtlinien für naturnahe Unterhaltung der Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht worden. Sie umfassen ganze 80 Seiten. Darin ist nirgendwo

ein Hinweis darauf zu finden, daß wir in einem dichtbesiedelten Land wie NRW unsere Lebensgrundlagen sicherzustellen haben. Dort steht vielmehr geschrieben - ich zitiere -:

"Durch gezielte Maßnahmen soll das Gewässer soweit wie möglich entfesselt werden, damit es sich anschließend durch eigendynamische Prozesse naturnah entwickeln kann."

Zwar sind wir der Auffassung, daß diese Vorstellungen in besonders schützenswerten Bereichen verwirklicht werden sollen - aber doch nicht überall. Manchmal hat man den Eindruck, meine Damen und Herren, daß diese Vorgaben von Leuten gemacht werden, die glauben, wir lebten im Paradies, wo sich die Menschen um ihr Überleben und das Sattwerden nicht zu bemühen brauchten.

Unsere Forderung ist eindeutig: Diese Richtlinien müssen von grüner Ideologie entrümpelt werden, und die Gewässerunterhaltung muß wieder als Landesaufgabe anerkannt werden. Unser Antrag, der von den Regierungsfractionen abgelehnt wurde, sah vor, aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe - dieses Aufkommen, das der Finanzminister sozusagen in seiner Privatlade hat, beträgt über 500 Millionen DM - 16,9 Millionen DM zur Aufstockung der Landesmittel einzusetzen. Nun wird ständig behauptet, dies sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Wenn dies so wäre, würden sich Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin nicht gesetzeskonform verhalten; denn die stellen Mittel genau hierfür zur Verfügung. (D)

Abschließend appelliere ich an die Regierungsfractionen, unserem Antrag zuzustimmen, und an die Ministerin, das Papier, die sogenannten blauen Richtlinien, zu recyceln. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Gibt es weitere Wortmeldungen in dieser Runde? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die **Beratung zu Einzelplan 10**.

Da zwischen 13 und 14 Uhr keine Abstimmungen durchgeführt werden, werden wir später über Einzelplan 10 abstimmen.

Mir liegt ein Schreiben der SPD-Fraktion vor, in dem der Parlamentarische Geschäftsführer um

(Vizepräsident Dr. Katrin Grüber)

- (A) eine Sitzungsunterbrechung für eine halbstündige Fraktionssitzung bittet. Sie wissen: Es ist üblich, die Plenarsitzung zu unterbrechen, wenn eine Fraktion dies wünscht. Ich erkläre die Sitzung hiermit für unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.19 bis 14.10 Uhr)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, ich möchte die Sitzung wieder eröffnen.

Die Beratungen zum **Einzelplan 10** sind abgeschlossen, so daß wir jetzt über die **Änderungsanträge** und danach über den gesamten Einzelplan **abstimmen**.

Ich rufe zunächst auf die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4526** - Stichwort: Naturnahe Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

- (B) Wir haben zweitens abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4527** - Stichwort: Stärkung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms AFP. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir ab über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/4510**. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Meine Damen und Herren, damit ist die Beschlußempfehlung **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4503 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU mit den Drucksachen 12/4528 und 12/4529.

- (C) Ich **eröffne die Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Theo Kruse für die Fraktion der CDU das Wort.

Theodor Kruse (Olpe) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache eine kurze Vorbemerkung aufgrund der Sitzungsunterbrechung: Der Zustand der inneren Ordnung eines Landes hat sicherlich sehr viel mit Wahrheit und Klarheit zu tun. Hier liegt - ich sage das insgesamt und allgemein -, glaube ich, in Deutschland sehr viel im Argen. Das gilt aus meiner Sicht allerdings auch für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Verehrte Kollegen, ich habe gesagt: Das gilt für Deutschland insgesamt. Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen, wie gleich - so glaube ich - an einigen Punkten verdeutlicht werden kann.

(Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke)

Im Mittelpunkt der Aussprache zum Einzelplan 03 stehen verständlicherweise die innere Ordnung und die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Wir wissen alle, daß die Kriminalität immer ein Kind ihrer Zeit ist und durch eine Fülle von Bedingungen, Bestimmungen und Umstände geprägt wird, wie wir sie in den letzten Jahren und Monaten in vielen Anhörungen und Seminaren erörtert haben. Sie wird allerdings auch und nicht zuletzt durch die Reaktion des Staates beeinflußt.

So sinnvoll es sein mag, den Blick auf einzelne statistische Zahlen zu richten, ist es nach unserer Auffassung wesentlich wichtiger und auch langfristiger wertvoller, die Großwetterlage im kriminellen Potential insgesamt zu bedenken, Prognosen zu versuchen und sich sehr rechtzeitig die konzeptionelle Grundsatzfrage vorzulegen, wie man diesen Entwicklungen auch funktional wirksam begegnen kann.

Mit plakativen Beschlüssen oder mit publikumswirksamen Presseinformationen, wie Sie diese, Herr Minister Behrens, im Verein mit Ihrem Justizminister, Herrn Dieckmann, am 15.11.1999 vorgenommen haben, ist es nicht getan. Auch im Bereich der inneren Sicherheit gilt in Nordrhein-Westfalen: Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)